Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 132. Dienstag den 3. November 1908. 36. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichskanzler und Kaiser-Interview.

Die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" betr. Aeußerungen des Kaisers über das Verhältnis Deutschlands zu England haben nunmehr eine Rückwirkung auf die innere deutsche Politik gehabt, indem der Reichskanzler demissionieren wollte. In ihrer Abendnummer vom Sonnabend schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Ein großer Teil der ausländischen und inländischen Presse hat wegen des im „Daily Telegraph" veröffentlichten Artikels kritische Betrachtungen gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers gerichtet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, der Kaiser hätte diese Publikation ohne Vorwissen der für die Politik des Reiches verantwortlichen Stelle veranlaßt. Diese Annahme ist unbegründet.

Seine Majestät der Kaiser hatte von einem englischen Privatmann mit der Bitte, die Veröffentlichung zu genehmigen, das Manuskript eines Artikels erhalten, in dem eine Reihe von Gesprächen Seiner Majestät mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten und zu verschiedenen Zeiten zusammengefaßt war. Jener Bitte lag der Wunsch zugrunde, die Aeußerungen Seiner Majestät einem möglichst großen Kreise englischer Leser bekannt zu geben und damit den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu dienen. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuskript dem Auswärtigen Amt mit der Weisung überwies, dasselbe einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des Auswärtigen Amts Bedenken nicht erhoben worden waren, ist die Veröffentlichung erfolgt.

Als der Reichskanzler durch die Publikation des „Daily Telegraph" von dem Inhalt des Artikels Kenntnis erhielt, erklärte er Seiner Majestät dem Kaiser: er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen; andernfalls würde er Bedenken erhoben und die Veröffentlichung widerraten haben; er betrachte sich aber als für den Vorgang allein verantwortlich und decke die ihm unterstellten Ressorts und Beamten. Gleichzeitig unterbreitete der Reichskanzler Seiner Majestät dem Kaiser sein Abschiedsgesuch.

Seine Majestät der Kaiser hat diesem Gesuch keine Folge gegeben, jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung des oben dargestellten Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf Seine Majestät den Kaiser den Boden zu entziehen.

Eine tiefe Entrüstung geht durch das deutsche Volk über das, was ihm hier geboten wird. Der verantwortliche Leiter des 63 Millionenreiches erhält von seinem Kaiser ein wichtiges Schriftstück, um es daraufhin zu prüfen, ob eine Veröffentlichung opportun ist. Das Schriftstück besteht aus Aeußerungen des Kaisers englischen Privatleuten gegenüber und was Aeußerungen des Kaisers Wilhelm II. zu bedeuten haben, das hat der Reichskanzler schon oft genug erfahren müssen. Wie oft hat Fürst Bülow erlebt, welche Gefahren in dem Temperament des Monarchen für geschlossene Einheitlichkeit der Reichspolitik liegen und wie oft hat er die Person des Kaisers gegen die berechtigten Vorwürfe des Reichstages decken müssen. Und dieser Reichskanzler mit diesen Erfolgen, liest das ihm vom Kaiser vorgelegte Manuskript nicht selbst, sondern übergibt es seinen Unterbeamten. Er erhält es von ihnen unbeanstandet zurück — und gibt nun unbekümmert seine Einwilligung zur Veröffentlichung der ihm unbekannten Aeußerungen seines kaiserlichen Herrn. Die Aeußerungen erscheinen im Druck, stellen mit einem Schlage das Deutsche Reich, seine Politik und seinen Kaiser vor der gesamten Welt in einem Umfange und in einem Grade bloß, daß man sich fragt, ob eine Generation genügen wird, diese Bloßstellung wieder gutzumachen, und nun tritt der Kanzler vor den Monarchen und muß das Bekenntnis über die Lippen bringen, er habe das Manuskript nicht gelesen gehabt; was in dem Artikel steht, hätte er, wenn er pflichtgemäß davon Kenntnis genommen hätte, nicht verantworten können, und darum bitte er, ihn seines Amtes zu entheben. Der Monarch aber, aus einem Empfinden, das mit seiner Pflicht als Herrscher in unlöslichem Widerspruche steht, nimmt das Abschiedsgesuch nicht an und gestattet dem Kanzler, den Sachverhalt zu veröffentlichen — auf daß die Welt, die sich vom Staunen über etwas schier Unbegreifliches noch nicht erholt hat, noch einmal erstaune über etwas noch viel Unbegreiflicheres.

Die offizielle Kundmachung der „Nordd. Allg. Ztg." soll den Zweck haben, „den ungerechten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen." Uns dünkt, daß sie diesen Zweck nicht erreichen kann. Denn wenn auch nun erwiesen ist, daß der Kaiser in diesem Falle das Seinige getan hat, um nicht ohne die „ministeriellen Bekleidungsstücke" dazustehen, so ist damit doch an den Beweisen dafür nichts geändert: daß der Kaiser einen Kriegsplan gegen die Burenstaaten ausgearbeitet und der englischen Regierung zugesandt hat; daß er vertrauliche Vorschläge fremder Mächte einer Macht bekanntgab, gegen die sie sich richteten; daß er davon privatim gesprochen hat und mit der Veröffentlichung des Gesprochenen selbst einverstanden war; daß er die Mehrheit seines Volkes England als ihm feindselig bezeichnet und daß er die Verstärkung unserer Flotte mit Zwecken begründet hat, die das dem Reiche schädliche Mißtrauen Japans wecken müssen. Dies alles sind Tatsachen, an denen keine Deutungskunst etwas ändern kann. Sie sind da. An dem Bewußtsein ihrer Existenz werden deutsche Patrioten fortan zu tragen haben, und die besten am längsten und schwersten.

*

Stimmen der Presse.

Zu der Erklärung äußert sich die „Freis. Ztg." folgendermaßen: „Die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg." soll dazu dienen, ungerechten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen. Schön, aber desto gerechter sind die Angriffe, die aus dem ganzen schlimmen Handel gegen die leitenden und verantwortlichen Männer unserer Regierung zu erheben sind. Mit dem Fürsten Bülow wird der Reichstag alsbald ebenso, wie mit den Herren vom Auswärtigen Amt ein ernstes Wort sprechen."

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung" schreibt u. a.: „Uns ist, als ob das Dach über dem Hause des deutschen Volkes niederzustürzen drohe. Es werden manche Opfer fallen. Der Reichskanzler wankt, und das Auswärtige Amt ist so blosgestellt, daß man eine völlige Neuordnung und Neubesetzung für notwendig halten muß."

Die „Köln. Ztg." schreibt zu den Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.": Fassen wir den ganzen Hergang zusammen, so kommen wir zu dem Schlusse, daß das Interview, das einer englischen Initiative entstammte, nur durch Fehler in der amtlichen Behandlung das Licht der Welt erblickt hat, und keineswegs für eine amtliche Staatshandlung und auch nicht für eine persönliche Aktion des Kaisers angesehen werden kann. Wir haben es hier mit einer großen Irrung zu tun, deren Folgen sehr unerfreulich sind. Was die Aeußerungen des Kaisers selbst angeht, so haben wir unsere Meinung schon dahin ausgesprochen, daß wir in den Chor der Tadler nicht einstimmen können."

Die „Rhein.-Westf. Ztg." schreibt: Der Herr also schiebt die Verantwortung auf seine Diener. Wenn die Diener verantwortungsvoll, verständig, tüchtig und zuverlässig sind, so kann dies unter Umständen nichts schaden. Diese Eigenschaften besitzen aber offenbar die jetzigen Geheimräte unseres Auswärtigen Amtes nicht. Es sind wohl lauter Geschöpfe des neuesten Kurses, die keine Meinung und Ueberzeugung haben, sondern seit zwei Jahrzehnten dazu erzogen sind, alles zu vertreten und zu preisen, was als Wunsch der allerhöchsten Stelle an sie kommt. Sie würden auf des Kaisers Wunsch wohl auch eine Kriegserklärung an die Eskimos befürwortet haben. Die Tatsache, daß der Kaiser den Wunsch hatte, sie zu veröffentlichen, genügte offenbar für diese Herren zum Beweis, daß die Veröffentlichung auch gut und erfolgbringend sein würde. . . . In einem nicht minder bedenklichen Lichte erscheint Fürst Bülow. Er kennt seinen kaiserlichen Herrn besser als vielleicht irgend sonst jemand auf der Welt. Er weiß, welch ungewöhnliche Zumutungen er zu stellen pflegt. Er weiß, wie wenig er für die politischen Realitäten Verständnis besitzt. Er weiß, wie oft schon durch derartige Unterredungen Unheil herbeigeführt worden ist. Trotzdem hält er es nicht für notwendig, ein doch immerhin verdächtiges Manuskript selbst zu lesen, sondern überläßt die Prüfung und Entscheidung über die Veröffentlichung seinen Räten. Da die Aufgabe eines Reichskanzlers bei Wilhelm II., wie schon oft gesagt, hauptsächlich darin bestehen muß, voreilige Schritte zu verhindern, so hat der Reichskanzler mindestens fahrlässig, wenn nicht leichtsinnig gehandelt. . . . Andererseits dürfte sich Fürst Bülow nicht wundern, wenn die ganze Geschichte, die tatsächlich mit der Notlüge eines überraschten Bureauvorstehers verzweifelte Aehnlichkeit hat, weder in Deutschland noch im Auslande allzuviel Glauben findet.

Das Deutsche Blatt meint: „Zur Anklagebank wird sich am 4. November im Reichstag der Eckplatz am Bundesratstische verwandeln, an dem der Reichskanzler zu sitzen pflegt. — Wohl wird Fürst Bülow zu seiner Verteidigung darauf hinweisen können, daß er die Folgen seiner Unterlassungssünde zu tragen bereit gewesen sei, daß er dem Kaiser sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Aber der Reichstag wird sich mit solch harmonisch ausklingendem Finale kaum begnügen. Daß Bülow geblieben, ist ein Akt kaiserlicher Gnade. Und wenn der Krone auch verfassungsgemäß allein das Recht der Ernennung und der Verabschiedung von Ministern zusteht, so wird der Deutsche Reichstag doch das hohe ihm vom Volk übertragene Richteramt ausüben, dem einzig verantwortlichen Leiter der deutschen Regierung die Frage vorzulegen, ob er gewillt, ob er fähig, ob er stark genug sei, fürderhin das deutsche Volk kraft seines Amts zu schützen vor einem nationalen Unglück, wie es die vom Auswärtigen Amt gutgeheißenen Veröffentlichungen des Daily Telegraph heraufbeschworen haben."

Der „Hann. Cour." meint: „Es gibt keinen anderen Ausweg als den, daß Fürst Bülow auf seiner Entlassung besteht, und daß mit ihm die unfähigen Beamten des Auswärtigen Amtes gehen, die den Text des Kaiser-Interviews gelesen hatten, aber nicht zu erkennen vermochten oder den pflichtmäßigen Mut nicht hatten, zu bekennen, daß dies Interview nie und nimmer an das Licht der Oeffentlichkeit kommen durfte. Und nach dem Personenwechsel — Bürgschaften, daß eine solche Krisis sich nicht wiederholen kann! Davon wird in der nächsten Zeit noch des Oestern zu reden sein."

Berl. G.-A.: „Denn um es rund heraus zu sagen: Operetten-Politik ist's, die wir seit Jahren draußen in der Welt treiben. — Operetten-Politik mit tönenden Worten und großen Gebärden, mit Flitteraufputz und vielem Schellenklang, aber ohne tieferen Hintergedanken, ohne männlichen Ernst, ohne große, begeisternde Ziele. In der Regiekunst haben wir's leidlich hoch gebracht. Wie die großen Dramen der Weltgeschichte gedichtet werden, davon haben unsere verantwortlichen Staatsmänner keinen blauen Dunst. In Marokko und im Orient schießt jetzt das Unkraut in unserem Weizen hoch empor, weil wir keinen Gärtner hatten, der es zu rechter Zeit ausjätete. Wir machen uns unmöglich vor den Völkern der Erde — und die Galerie des Auslandes klatscht höhnischen Beifall. Das deutsche Volk aber steht bebenden Herzens mit der Röte der Scham in den Wangen, da wir lächerlich werden vor aller Welt . ."

„Köln. Volksztg.": „Die Nichtannahme des Entlassungsgesuches schließt die Akten, über diesen sensationellen Zwischenfall in keiner Weise, weder nach der Seite der inneren, noch nach der Seite der auswärtigen Politik. Man steht im Augenblick vor phychologischen Rätseln, ebenso wie vor einer gänzlich unklaren politischen Situation. Der deutsche Staatsbürger kann angesichts dieser Dinge nur wieder bekommenen Herzens ausrufen: Wirtschaft, Horatio!"

Germania: Es bleibt nun einmal unbestrittene Tatsache, daß unsere auswärtige Politik, die ohnehin wahrlich keine Glanzleistungen aufzuweisen hatte, jetzt durch seine Schuld und Nachlässigkeit auf lange Zeit hinaus auf das schwerste geschädigt worden ist. Die heiß umworbene Freundschaft Englands ist nicht erreicht worden, bei den anderen Mächten ist das Vertrauen zu Deutschland schwer erschüttert."

Der Vorwärts schreibt:

„So folgt auf die Tragödie des Zusammenbruchs unserer auswärtigen Politik das Satyrspiel des Bülowschen Rettungsversuches. Mit unendlicher Heiterkeit wird das Ausland die Bülowschen Mären vernehmen. Aber in Deutschland? Muß sich das deutsche Volk von seiner Regierung wirklich alles gefallen lassen? Kann es von einem Minister, der die Bloßstellung vor dem Ausland nicht verhindert hat, der während seiner ganzen Amtszeit von einem Mißerfolg zum andern getaumelt ist, der nichts war als ein Schönredner, nicht verlangen, daß er in Anstand demissioniert und uns mit dem höhnenden Versuche seiner Offiziösen verschont, noch vor seinem Verschwinden uns irrezuführen? Wird der Reichstag wirklich sich noch einmal zum Helfershelfer dieses Ministers degradieren lassen?"

* * *

Was die Holländer sagen.

„Die Hilfe, schreibt der „Neue Rotterdamer Courier", „die der Kaiser den Engländern dadurch geleistet hat, daß er ihnen zusammen mit seinem Generalstab einen Feldzugsplan an die Hand gab, damit sie Ende 1899 aus der Klemme kamen, deucht uns doch die wichtigste Aeußerung des Kaisers. Die Buren werden ihm für die Mitteilung dankbar sein. Ihr Waffenruhm steigt. Nicht allein haben sie das ganze britische Reich gegen sich gehabt, nicht allein ungefähr 450 000 Mann weiße und etliche Zehntausende schwarze Krieger gegen sich gehabt, nicht allein Englands größte Generale sich gegenüber gesehen, sondern der Generalstab des besten Heeres der Welt ist noch dazugekommen. Der viel gerühmte Zug nach Bloemfontein, Lord Roberts' Meisterstück, ist „made in Germany". Nebenbei bemerkt, das unumwundene Lob, das deutsche militärische Schriftsteller und der deutsche Generalstab selbst manchmal über Lord Roberts' Strategie ausgesprochen haben, und das in der englischen Presse mit soviel Genugtuung angeführt wurde, erscheint nun in einem eigenartigen Licht." — An diese Kritik schließen sich einige Betrachtungen über die deutsche „Realpolitik", die sich durch keine noch so schroffe Abweisung von den Bewerbungen um Englands Freundschaft abhalten lasse. „Es besteht Aussicht," heißt es zum Schlusse „daß der Kaiser sich über die Ablehnung seiner Freundschaft noch mehr zu ärgern haben wird."

Abgeordnetenhaus.

Im preußischen Abgeordnetenhause sprach Freitag bei der fortgesetzten Beratung der

Pfarrerbesoldungsgesetze

der nationalliberale Abgeordnete Dippe seine ununwundene Zustimmung zu der Vorlage für die evangelischen Geistlichen aus, die im großen und ganzen gut sei. Aber auch das Gesetz für die katholischen werden seine Freunde bewilligen, obwohl sie nicht einsehen, warum Männer vom Staate besoldet werden sollen, die nicht Staatsdiener sind und den Staat womöglich bekämpfen. Diese Bedenken sind, wie der Abg. Viereck mitteilte, bei den Freikonservativen noch stärker, so daß sie sich ihre Entscheidung noch vorbehalten. Der Abg. Eickhoff sprach sich namens der Freisinnigen im wesentlichen günstig über beide Gesetze aus, ohne einige Bedenken zu verschweigen. Er bemerkte unter anderem, daß der Staat, wenn seine Unterstützungspflicht einmal anerkannt würde, alle anerkannten Religionsgemeinschaften unterstützen müsse, also auch die jüdische. Unannehmbar seien die Bestimmungen über die Ostmarken. Seine Freunde seien, wie bei den Beamten, auch bei den Geistlichen gegen widerrufliche Zulagen. Der polnische Abgeordnete Stychel bedauerte, daß politische Gesichtspunkte bei der Gestaltung der Vorlage mitgespielt hätten; durch die Ausnahmestellung der Diözesen Posen, Gnesen und Culm werde ein neuer Beunruhigungsbazillus in die polnische Bevölkerung getragen. Der Ministerialdirektor von Chappuis verteidigte die Bestimmungen; es sollen nicht die Geistlichen bedacht werden, die sich um das Deutschtum verdient gemacht haben, sondern die Zulage solle nur denen nicht gegeben werden, die sich deutsch- und staatsfeindlich betätigt hätten. War bis hierher die Debatte sehr ruhig und meist recht nüchtern verlaufen, so änderte sich das Bild, als jetzt der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann das Wort erhielt.

Abg. **Hoffmann** (Soz.)

Unsere Stellung zu der Vorlage ist durch unser Parteiprogramm gegeben, das die Trennung von Kirche und Staat fordert. Das ist ursprünglich eine gutbürgerliche Forderung, aber das Bürgertum hat längst auf diese Forderung verzichtet. Anderswo freilich bestand das Bürgertum auf dieser Forderung und hat sie durchgeführt so z. B. Frankreich. Als die Trennung in Genf erfolgte, standen die Leute, wie ein Blatt berichtete, auf der Straße und weinten wie die Kinder, oder wie Patrioten, wenn sie an großen Festtagen voll des edlen Nasses sind und Lotterien prahlt umrennen! (Heiterkeit.) Die Trennung von Kirche und Staat. — Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, nicht die Trennung von Staat und Kirche steht hier zur Erörterung, sondern die Frage, wie die Geistlichen zu besolden sind. Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen. — Abg. Hoffmann: Ich spreche zur Sache. — Präsident v. Kröcher: Wenn ich Sie bitte, zur Sache zu sprechen, so sprechen Sie eben nicht zur Sache! Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.) — Abg. Hoffmann: Wenn der Staat 12½ Millionen der Kirche schenken soll, so muß

der Staat die Kirche nicht unterstützt, dann geht der Kirche das Rückgrat verloren," sagt man. Nun, darin steckt wenig Gottvertrauen (Große Heiterkeit), die herrschende Klasse läßt das Volk auf das Paradies im Jenseits vertrösten, um das Paradies des Diesseits auf Kosten des Volkes zu haben. (Gelächter.) Wer im Paradies sitzt hat gut lachen! (Erneute Heiterkeit) Ein gläubiges Volk ist Ihnen (nach rechts) weit lieber als ein denkendes. Und um es vom Denken abzuhalten, dazu besolden Sie die Kirche (Großes Gelächter.) Es darf nur gelehrt werden, was die herrschende Klasse wünscht. Ein Pastor hat gesagt: Wir werden nicht bezahlt, um die Wahrheit zu verkünden, sondern sie zu verbergen! (Pfuirufe rechts.) Ja, ich sage auch: Pfui! dem Gelde gehorchen alle! Dieser Pastor wohnt freilich nicht in Deutschland. (Andauerndes Gelächter.) Am besten beweist die Rede des Herrn Wever, wie die Geistlichen im Solde der Regierung stehen: die Bestimmung für Posen und Westpreußen zeigt es schlagend. Die Geistlichen müssen die ausziehenden Krieger segnen, wenn sie sich anschicken, ihre Christenbrüder niederzumachen. (Pfuirufe rechts.) — Präsident v. Kröcher bittet, die Zurufe zu unterlassen. — Abg. Hoffmann: Ja, ich sage auch Pfui! über diesen Brauch. Beim Eisenbahnunglück und bei Unglücksfällen in Bergwerken spricht man von Gottes unerforschlichen Ratschluß, anstatt genügende Sicherheitsmaßregeln und genügende Luftschächte zu schaffen. (Stürmische Pfuirufe.) — Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter Hoffmann! Wegen der letzten Worte rufe ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Hoffmann (fortfahrend): Bezeichnend war es auch, daß Herr v. Rheinbaben neben den Geistlichen auch die Gendarmen in den Vordergrund seiner Darlegungen stellte. Sie (nach rechts) sehen in Geistlichen und Gendarmen die Pfeiler ihrer Herrschaft. Wir gönnen den Geistlichen alles Gute und möglichst großes Einkommen. Aber die Kirchengemeinde soll sie besolden, der Staat nicht. Wie kommt die Kirche dazu, Gelder zu beanspruchen, die von Juden, Heiden und Christen aufgebracht sind! Die Gemeinden sind auch nicht zu arm, um ihre Pfarrer selbst zu besolden. Wie jeder anständige Mensch seinen Fleischer und Bäcker bezahlt, so soll er auch seinen Geistlichen bezahlen, wenn er seiner bedarf. Bei der heutigen Ausbaltung der Kirche durch den Staat (Pfuirufe rechts) ist die Religion der Nazareners eine Religion der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Armen und Hilflosen geworden. Sobald die Kirche diese Religion nicht mehr lehrt, wird der Staat ihr keinen Pfarrer mehr zahlen. Der Kultusminister ist ja leider nicht hier, ist vielleicht für immer verschwunden Aber sein Vertreter könnte uns Auskunft geben, welche Schätze die Generalsynode aufhäufen. An den Gesangbüchern allein verdienen die Generalsynoden 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Exemplar. Das ist keine Kleinigkeit! In der Berliner Stadtsynode hat Professor Dr. Evers vorgeschlagen, daß die reichen Binnengemeinden einen Teil ihres Vermögens an die armen Außengemeinden abgeben sollten. Da kam er aber schön an bei seinen Brüdern in Christo! Da sagte man gleich: Du sollst nicht begehren deines nächsten Straße! — Es sollten nämlich die Straßen anders verteilt werden. Wir haben nichts dagegen, daß die Geistlichen höhere Gehälter fordern. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen soll. Wir freuen uns schon darauf, daß die Geistlichen in einen Streik eintreten. (Heiterkeit.) Wir wollen gern bei Ihnen (nach rechts) für diese Kathegorie von Streikenden recht viel Streikunterstützung sammeln.. (Heiterkeit.) Der Streik der Geistlichen und der Staatsanwälte Das kann nett werden! Was kümmert sich der Staat um die Kirchensteuer? Die soll die Kirche nach ihrem eigenen Ermessen erheben. Wer einer Kirche angehört, der hat auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, seine Beiträge zu zahlen. Aber nicht die Allgemeinheit darf in Anspruch genommen werden. Das Zentrum sollte uns bei der Trennung der Kirche vom Staat helfen und die 12½ Millionen jetzt ablehnen, die Gelegenheit ist günstig. Gerade Sie vom Zentrum haben doch gesehen, wie Abhängigkeit vom Staat schmeckt; Sie haben die Rute des Staates doch zu fühlen gekriegt! Also benutzen Sie diese Gelegenheit! (Heiterkeit.) (Ein großer Teil der Zentrumsabgeordneten verläßt demonstrativ den Saal, ihnen schließen sich eine Anzahl Konservativen an.) Ungeheuer sind die Summen, die der Staat dem Interesse der herrschenden Klassen an der Kirche schon geopfert hat Ist es nicht unerhört, daß ein Drittel der Summe, die für die Erziehung unserer Jugend aufgewendet wird —

Der dritte Ordnungsruf. — Wortentziehung.

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, nach dieser Aeußerung rufe ich Sie zum dritten Male zur Ordnung. Ich werde jetzt das Haus befragen, ob es den Abgeordneten Hoffmann noch weiter anhören will. (Abg. Hoffmann wartet, am Rednerpult stehen bleibend, das Ergebnis dieser Befragung des Hauses ab.) — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und eines Teiles der Polen beschließt das Haus, daß dem Abg. Hoffmann das Wort entzogen werde. Er verläßt mit dem Rufe: „Ich danke Ihnen! Los von der Kirche! ist die Antwort!" die Tribüne. — Präsident v. Kröcher: Sie haben nicht das Wort.

Abg. Meyenschein (Kons.): Das Volk weiß ganz genau, was es an der Kirche und den Geistlichen und was es an den Sozialdemokraten hat, Der Kampf um die Kirche wird nicht hier, sondern draußen im Lande ausgefochten. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen wird angenommen wird angenommen. Damit ist

Der konservative Abgeordnete von Pappenheim billigte durchaus das Prinzip der Progression, um gerade die starken Schultern zu belasten, meinte aber, daß doch nach Möglichkeit die Allgemeinheit zu den Kosten beitragen müsse, und daß deshalb auch die Einkommen von 3000—7000 Mk. herangezogen werden sollen, wenn auch der Ertrag 4 Millionen nicht überschritten würde. Weit erheblichere Einwendungen äußerte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg. Er hält den Zuschlag für 1908; auf den man nicht gefaßt war, für sehr bedenklich, ebenso die Gesellschaftssteuer, die in industriellen Kreisen geradezu Entrüstung hervorgerufen habe; eine solche Doppelbesteuerung sei ungerecht. Der springende Punkt seiner Ausführungen aber war, daß die dauernde Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer nicht zu ertragen sei. Wenn die Eisenbahneinnahmen wieder steigen, so müsse dies den Steuerzahlern wieder zugute kommen. Für jetzt könne es sich nur um eine zeitweilige Steuererhöhung handeln.

Der Finanzminister **Freiherr v. Rheinbaben**

trat diesen Ausführungen mit großer Entschiedenheit entgegen. Die Verschlechterung des Betriebskoeffizienten bei den Eisenbahnen sei hervorgerufen durch die Steigerung der sächlichen Ausgaben. Er könne die Hoffnung des Abg. Friedberg, daß wir bald wieder steigende Ueberschüsse haben werden, nicht teilen. Der Vorschlag, die Deckung nur auf ein oder zwei Jahre zu bewilligen, sei für die Regierung unannehmbar. Das Definitivum sei auch viel sparsamer als ein Provisorium. Uebernehmen wir eine dauernde Belastung von 126 Millionen, so müsse sie auch dauernde Deckung haben. Damit stehen und fallen die ganzen Besoldungsgesetze. Das habe er schon früher erklärt und wiederhole es namens der Staatsregierung. Die finanzielle Zukunft des Staates dürfe nicht in Frage gestellt werden. Der Minister verteidigte auch die Gesellschaftssteuer und schloß mit der Mahnung, an dem alten Grundsatz festzuhalten. dauernde Ausgaben nur auf dauernde Einnahmen zu basieren.

Abg. Herold (Zentr.) hielt die Einbringung der Steuervorlagen für verfrüht, da sich noch nicht absehen lasse, wie sich die Steuerreform im Reiche gestalten wird. Die Mehrkosten sollten durch eine Reform des Beamtenorganismus gedeckt werden. Redner äußerte vielfache Bedenken gegen die Vorlagen; namentlich sei es fraglich, ob die Gesellschaftssteuer den gerechten Anforderungen entspreche. — Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.) führte aus, man könne nicht übersehen, wie der Etat für 1909 balanzieren und sich künftig entwickeln werde. Wenn aber neue Steuern nötig seien, so müßten sie dauernd bewilligt werden. Bei der Gesellschaftssteuer sei zu prüfen, ob die Sätze richtig sind.

Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Die Balkankrisis.

Sonnabend nachmittag 4 Uhr wurde die Antwort der Pforte auf den Entwurf des Konferenzprogramms sämtlichen Botschaftern telegraphisch übermittelt.

Soldatenmeuterei in Konstantinopel.

Auf den Befehl, daß fünf Bataillone der Konstantinopeler ersten und zweiten Division, welche die Yildizbesatzung bildete, nach Dscheddah abgesandt werden, hat eine Kompagnie gemeutert. Die Soldaten verließen bewaffnet die Kaserne Taschkischla in Pera und nahmen in der Nähe der Kaserne Aufstellung. Sie erklärten, daß sie nach Hause wollten oder nur, wenn die ganze zweite Division nach dem Hedschas verlegt würde, mitgingen. Um der Meuterer Herr zu werden, erhielt das von Saloniki eingetroffene Schützenbataillon, das in derselben Kaserne untergebracht ist, Samstag früh den Auftrag, mit Musik, angeblich zum Exerzieren, auszurücken, in Wirklichkeit aber die Kompagnie zu umzingeln. Während der Umzingelung begann die meuternde Kompagnie zu schießen. Das Schützenbataillon erwiderte das Feuer. Es wurden ungefähr 1000 Schüsse gewechselt. Es blieben 9 Tote und 7 Verwundete auf dem Platze. Nach Umzingelung hatte sich die Kompagnie ergeben. Sie wurde entwaffnet und interniert. Sensationelle Darstellungen des Vorfalls und die Angaben über große Verluste sind unbegründet.

Der Empfang des serbischen Kronprinzen.

Freitag nachmittag 2 Uhr fand der Empfang des serbischen Kronprinzen und seiner Begleitung beim Zaren in Petershof statt. Zunächst erhielt der Kronprinz selbst Zutritt beim Kaiser und blieb etwa eine Stunde. Dann wurde das militärische Gefolge des Kronprinzen vorgestellt. Pasitsch und Iswalski waren in der Audienz nicht zugegen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Serbien auf die Erfüllung seiner Bitte um Rußlands moralische Unterstützung dadurch, daß es die Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht anerkennt, gegenwärtig keine Hoffnung hat. Dementsprechend war auch der Empfang kühl. Pasitsch hatte eine längere Unterredung mit Iswolski, worin dieser deutlich die Unerfüllbarkeit des serbischen Wunsches durchblicken ließ. Sonntag soll die Abreise des Kronprinzen erfolgen. Pasitsch dagegen bleibt noch längere Zeit hier.

Deutschland.

— **(Kaiser und Kanzler.)** Der Kaiser fuhr Sonnabend um 6 Uhr beim Reichskanzler vor, hatte mit ihm eine zweistündige Besprechung und nahm dann dort den Tee.

— **Der König** und die Königin von Württemberg sind Freitag morgen um 9 20 nach Stuttgart zurückgekehrt ist. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhofe auch unter anderen Graf Zeppelin erschienen, von dem sich das Königspaar herzlich verabschiedete. Ueber die Donnerstag-Fahrt wird im Schwäbischen Merkur von fachmännischer Seite mitgeteilt: Das Luft-

ebenso die Einfahrt, trotz des richten Nebels, der dieselbe sehr erschwerte.

— **(Ein Attentat?)** Kurz vor der Einfahrt des Großherzogspaares von Mecklenburg-Schwerin in den Bahnhof Rostock wurde von einem Weichenwärter auf Weiche 21, die der großherzoglichen Salonwagen passieren mußte, eine Knallkapsel gefunden. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

— **Der Allgemeine deutsche Knappschaftsverband** beschloß am Freitag in seiner Generalversammlung zu Darmstadt, die Bildung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen preußischen und den außerpreußischen Knappschaftsvereinen. welches den Bergleuten die Freizügigkeit gewährleistet, sodaß sie bei Uebertritt in einen anderen Bezirk. die erworbenen Ansprüche nicht verlieren.

— **Die Reichstagskommission** für die große Gewerbenovelle führte die Erörterung der Frage der Mitnahme von Arbeit nach Hause durch Fabrikarbeiterinnen weiter. Das Zentrum hat seine Vorschläge jetzt neu formuliert, und diese werden schließlich nahezu einstimmig angenommen Neben redaktionellen Aenderungen wird die Mitnahme von Arbeit für Sonn- und Festtage gänzlich verboten. Es wird bestimmt, daß vor Erlaß der Verfügung den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern Gelegenheit zu geben ist, sich gutachtlich zu äußern. Gegen die Verfügung der Polizeibehörde wird dem Gewerbeunternehmer binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde und gegen deren Entscheidung binnen vier Wochen die Beschwerde an die Zentralbehörde gegeben, deren Entscheidung endgültig ist.

— **Ueber die Inseraten- und Reklamesteuer** glaubt die Scherlpresse folgende „zuverlässige Mitteilungen" veröffentlichen zu können. Täglich erscheinende Blätter, die eine Auflage bis zu 5000 Exemplaren drucken, zahlen zwei Prozent von den Beträgen, die durch Inserate bei ihnen aufkommen, doch bleiben hier, wie in allen Fällen, die kleinen Anzeigen, die sich auf Stellengesuche und dgl. beziehen und einen Umfang von fünf Druckzeilen nicht überschreiten, vollständig steuerfrei. Mit der Höhe der Auflage steigt der Anzeigensteuersatz und erreicht bei Zeitungen mit über hunderttausend Abonnenten 10 Prozent. Für Zeitungsbeilagen, die gewöhnlich einen sehr hohen Rabatt genießen und daher einen verhältnismäßig geringen Betrag für die Steuer ergeben, steigt diese bis auf 20 Prozent an. Ebenso werden aus dem entgegengesetzten Grunde Anzeigen in wöchentlich nur einmal oder noch seltener erscheinenden Fachblättern entsprechend höher besteuert, da diese Anzeigen gewöhnlich sehr teuer sind. Ursprünglich war vorgesehen worden, den Verlegern ihre Mühewaltung zuzuwenden, doch ist man hiervon wieder zurückgekommen und will jene Vergütung den Landessteuerverwaltungen zukommen lassen.

Was die Reklamesteuer anbelangt, so werden auch da erhebliche Unterschiede gemacht, und ganz besonders hoch die Reklamen in Gestalt von Anschlägen an Mauern, Eisenbeln, Bauzäunen aber auch, wie es an manchen Orten üblich ist, an den Zwischenaktsvorhängen in den Theatern und anderen Vergnügungslokalen besteuert. Hier richten sich die Steuersätze nach den Flächen, die diese Reklamen einnehmen, sowie nach der Größe der Stadt. In den Städten über 100 000 Einwohnern sind die Sätze entsprechend höher bemessen. Minder hoch werden die Reklamen an den Anschlagsäulen auf den Straßen besteuert. Geschäftsschilder sind im allgemeinen von jeder Steuer frei, dagegen werden solche Schilder, die einen reklameartigen Charakter tragen, ebenfalls einer Steuer unterworfen.

— **Der Prinzregent** hat aus Anlaß seines bevorstehenden Namensfestes dem ersten Feldartillerie-Regiment als Zustiftung zu einer früheren Stiftung 15 000 Mk. überwiesen. Ferner hat der Prinzregent der Prinzessin Ludwig 10 000 Mk. als Spende für den unter dem Protektorat der Prinzessin Ludwig stehenden bayerischen Frauenverein vom Roten Kreuz überwiesen.

Ausland.

Persien.

— **Ueber eine Racheat** persischer Revolutionäre meldet aus Täbris die „Petersburger Telegraphen-Agentur": In Maranda, im Hause des Gouverneurs Schudschanisams, der in Täbris an der Spitze der Anhänger des Schahs gekämpft hat, explodierte beim Oeffnen einer aus Täbris eingetroffenen Postsendung eine Bombe. Elf Personen wurden verwundet. Der Gouverneur und sein Sohn sind ihren Verletzungen erlegen.

Westfalen u. Rheinland.

— **Kamen,** 3. Novbr. **(Verschiedenes.)** Die erst kürzlich in den Verkehr gelangten **Zehnmarkscheine** haben zu zahlreichen Ausstellungen Veranlassung gegeben. Es wird darüber geklagt, daß die Scheine zu weich und lappig seien, und deshalb leicht zerrissen, sie nähmen auch den Schmutz leicht an, würden klebrig und erschwerten so das Zählen. Es sind bereits Anordnungen getroffen, um eine Neuausgabe von Zehnmarkscheinen in die Wege zu leiten. Versuche und Proben hat man in der Reichsdruckerei schon vorgenommen, doch ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen.

Die Neuwahl eines Geistlichen der größeren evangelischen Gemeinde an Stelle des in den Ruhestand getretenen Herrn Pastor Bertelsmann ist für Ende dieses Monats in Aussicht genommen.

*

Einweihung der evangelischen Kirche in Husen b. Courl.

Husen, 3. Nov. Ein großer Festtag war Sonntag für die Evangelischen der Gemeinden Husen und Courl angebrochen; sollte doch am Reformationsfest die neuerbaute evangelische Kirche ihrer hehrer Bestimmung übergeben werden. Aus diesem Anlaß hatte die Gemeinde reichen Fahnen-

Nach stattgefundener Abn
als Notkirche benutzten Sa
Gastwirtschaft erfolgte unt
saunenchores der Festzug
hause, dessen Vorplatz fe
rend über dem Eingang zu
strophe des Lutherliedes: „
er Gott!" angebracht wa
saunenbegleitung und unte
gene Lied „Tut mir auf
lungen war, übergab der
lett Mücke-Hagen den
manischem Stil ausgeführte
der ganzen Gegend bilden
entsprechenden Worten H
deuten Zöllner-Münste
Schlüssel an Herrn Superi
Frömern weiter und dieser a
haus-Husen. Letzterer
über dessen Haupttür in
prangte: „Ehre sei Gott i
Worten: „So sprach unser
sus Christ. Ich bin die
durch mich eingeht, der n
ein- und ausgeht durch
hütet für und für durch
Christ, der die rechte Tür
eröffne ich denn unser
des Vaters, des Sohnes
stes." Bald war das ger
auf das letzte Plätzchen be
mit der Nicolaischen Orge
feste Burg", vorgetragen v
der-Dortmund, welcher
zügliche Ausführung der
Gemeinde erfreute, ihren
dere Verschönerung der
die Sologesänge der früher
Frau Stationsvorsteher
das Eingangslied der Gem
Dinge" verklungen war,
Zöllner unter Assistenz
dent Sybrecht-Frömer
Methler die Einweihung
tendent Sybrecht ver
Erde ist des Herrn" und
aus dem Briefe Paulus
19—21 „So seid ihr
und Fremdlinge". Herr
ner überreichte die von
der Kirche gestiftete Alt
hohe Spenderin den Sp
„Einen anderen Grund k
gezeichnet hatte. Seiner
neralsuperintendent Zöllner
3, 381: „So halten wir
Mensch gerecht werde",
ner es u. a. als ein glück
daß gerade am Reformat
weihe stattfinde. Namens
vinzialsynode begrüßte der
tendent König-Witten,
knüpfend an die Bibelstell
„Stehet in einem Geiste
samt uns kämpfet für de
geliums". Nach einem
Männern und Frauen de
Superintendent Sybrech
gie, worauf die Gemeinde
feste Burg ist unser Gott
Herr Pastor Steinha
100, 1. und 2.: „Jauchze
dienet dem Herrn mit Fr
dieser der Tätigkeit der
tätigkeit der Geber mit D
Zustandekommen besonders
der von Herrn Superin
haltenen Schlußliturgie,
begleitung gesungenen Lied
und dem von Herrn Genera
ner erteilten Segen erre
ihr Ende und unter d
Postludium „Nun danket
Gemeinde das neue Gott
Nachmittags fand in
Nachversammlung statt, n
reiche Beteiligung aufzur
Anläßlich der Einwe
Kirche wurde Herr Kirc
Lohmann der Kronen
Bäckermeister Zeise das
Ehrenzeichen verliehen. —
Innendekoration der Kir
Dortmund ausführte und
direktor Springorum
stein stiftete.

*

Altenbögge, 3. No
dem hiesigen Schacht de
born" kam Samstag n
wohnender Bergmann zu

** **Dortmund,** 31.
Der Detektiv A. Münstei
naten seinen Wohnsitz v
verlegt hat, wird steckb
zwar wegen Manipulatio
Angestellten sich bei Er
in Ehescheidungssachen sch
Ein dem Fall Kursch
schäftigte Freitag die S
Juli d. J. gab der Berg
auf Zeche Dorstfeld, Sch
steiger Gust. Tünnermann
ab, von denen einer den
verletzte. Da der Angekl
alt ist, konnte er nicht v
urteilt werden. Trippe
Tünnermann ihn mit ei
derung abgewiesen hatte.
volver ein und schimpfte
stube auf alle Beamten.
ausbefördert wurde, trat
befindliche offene Schieb
Schuß ab, der den Tün
Rücken traf. Tünnermann
ersten Schuß zur Sei
Schüsse fehl gingen. Nach
bis Antwerpen, wurde
festgenommen. Das Geri
klagten zu einer Gesamt
Gefängnis und wege
tragens zu 50 Mk. Geldst

(?) **Herne**, 2. November. **(Krankenscheinfälscher.)** Der Bergmann Heinrich Büttner von hier hatte sich vor der Bochumer Strafkammer wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Er hatte auf seinem Krankenschein das Wort erwerbsfähig in erwerbsunfähig abgeändert. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis.

** **Bochum**, 2. Nov. **(Im Bade vom Irrsinn befallen.)** Samstag morgen ereignete sich in der städt. Badeanstalt ein aufregender Vorfall. Die Köchin eines hiesigen Rechtsanwalts, die ein irisch-römisches Bad nahm, wurde plötzlich von Irrsinn und Tobsucht befallen. Sie mußte mit Gewalt in Sicherheit gebracht werden.

! **Bochum**, 31. Okt. **(Ihr Teuerstes.)** Tritt da aus einem Hutgeschäft an der Bonnardstraße am Samstag ein junges Weib. Ihr Haupt krönt ein soeben erstandener Hut, welcher, reichlich geschmückt mit Blumen und Bändern, einen lieblichen Anblick bietet. Vor dem Schaufenster ist schon lange das „liebende" Männchen auf und abgegangen. Offensichtlich währte ihm der Kauf da drinnen zu lange. Ein nicht gerade gnädiger Blick trifft deshalb die endlich erscheinende bessere Hälfte. Und nun beginnt die Musterung des neuen Hutes. Sei es nun, daß ihm die Größe des Hutes oder der zögernd auf sein Drängen endlich geflüsterte Preis nicht paßt, kurz und gut, aus des Gestrengen Munde ertönt der Befehl: „Den bringst Du sofort wieder zurück!" Natürlich wollte die teure Gattin den Willen ihres Haustyrannen nicht erfüllen. Und wie es dann wohl oft so geht, vom Schelten kam man zu Tätlichkeiten. Mochte die stolze Evastochter ihr Teuerstes noch so verteidigen und mit beiden Händen festhalten, ein kühner Sturmangriff ihres Herrn und Gebieters — und ..... jäh geknickt fliegen die roten herrlichen Rosen und die in allen Farben schillernden Bänder auf die schmutzige Straße. Selbst das Hutgestell blieb von der Zerstörung nicht verschont. Endlich verlassen beide den Kampfplatz, „Sie" im Fortgehen noch wimmernd: „Ach Gott! Der schöne Hut! Er kostete 9 Mark!" Armes Weib! Vielleicht auch: Armer Mann! Und die unfreiwilligen Zuschauer hatten noch die Bosheit, beide — auszulächeln!

** **Gelsenkirchen**, 2. Nov. **Unter dem Verdachte**, ihr uneheliches Kind ermordet zu haben, wurde die Haushälterin Anna Grote verhaftet.

Gelsenkirchen, 31. Okt. **Infolge Nahrungssorgen und Schwermut** wegen des vor kurzem erfolgten Todes seiner Frau im Irrenhause, erhängte sich der 40 Jahre alte Fabrikarbeiter Gegulka. Er hinterläßt fünf unmündige Kinder.

(?) **Recklinghausen**, 31. Okt. **(Zur Frage der Polizeistunde.)** Der Wirt Bohnenkamp, der das Gemeindegasthaus in Herten bewirtschaftet, war seinerzeit vom Schöffengericht wegen Ueberschreitung der Polizeistunde mit einer Geldstrafe von sechs Mark belegt worden. Im Gemeindegasthause tagt der Beamten-Gesangverein „Schlägel und Eisen". Als es eines Abends nach Eintritt der Polizeistunde heftig zu regnen begann, verblieb ein Teil der Mitglieder noch einige Zeit im Vereinszimmer. Sie wurden von Polizeibeamten angetroffen und der Wirt zur Anzeige gebracht. In der letzten Berufungsverhandlung vor der Bochumer Strafkammer wies Bohnenkamp nach, daß er außer den Mitgliedern des Vereins nach Eintritt der Polizeistunde keine Gäste beherbergt und daß er auch an die Vereinsmitglieder Getränke nicht mehr ausgeschänkt habe. Mit Rücksicht auf diese Sachlage hob die Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf Freisprechung.

** **Münster**, 31. Okt. **Das Oberkriegsgericht** des 10. Armeekorps in Hannover hatte sich mit einem eigenartigen Fall von Ungehorsam zu beschäftigen, der sich hier ereignet hat. Beim Gefechtsexerzieren wurden eines Tages scharfe Schüsse wahrgenommen und es wurde damals die Meldung verbreitet, daß auf den Kommandeur geschossen sei. In Wirklichkeit verhielt sich aber die Sache so, daß Leute vom 92. Infanterie-Regiment, die als markierter Feind verwendet wurden, von den auf dem Platze herumliegenden scharfen Geschossen etliche genommen, in die Mündung des Gewehrs gesteckt und dann mit den Platzpatronen abgeschossen hatten. Die Geschosse sind nicht sehr weit geflogen. Ueber die Tragfähigkeit der so behandelten Geschosse gingen aber die Ansichten der Sachverständigen sehr auseinander. Das Kriegsgericht sah in dem Vergehen einen Ungehorsam gegen Befehl in Dienstsachen und erkannte gegen sieben Angeklagte auf Arreststrafen von vierzehn Tagen bis vier Wochen. Der Gerichtsherr legte Berufung ein, aber das Oberkriegsgericht kam doch zu keiner schärferen Beurteilung, sondern ließ noch eine geringe Ermäßigung der Strafen eintreten.

** **Horst**, 31. Okt. **Einen guten Appetit** entwickelte dieser Tage in einer Wirtschaft an der Hochstraße der Arbeiter H. H. Er verzehrte infolge einer Wette 31 Stück der bekannten Westfalia-Würstchen, die zusammen eine Länge von 5,20 Meter hatten. Hierzu aß er ein Pfund Brot und trank vier Krüge Bier und zehn Wacholder. Später wollte er noch zwei Pfund Runkeln essen, aber es fand sich niemand, der die gewünschten drei Mark mit einer Wette riskieren wollte. Wie ihm die Mahlzeit bekommen ist, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

** **Essen**, 2. Nov. **(Schweres Unglück in der Krautfabrik.)** Am Mittwoch wurde in der hiesigen Krautfabrik des Dr. Scholten durch einen Arbeiter versehentlich ein falscher Verschluß geöffnet, wodurch der kochende Rübenbrei ausströmte und drei Arbeiter schwer verbrühte. Einer der Verletzten, der Arbeiter Kluitmann, ist bereits gestorben.

„—" **Solingen**, 2. Nov. **(„Das Rappeln".)** Im Bergischen Lande hat sich eine alte Sitte erhalten, die, ähnlich dem bayrischen Haberfeldtreiben, eine Art Volksjustiz bezweckt und die mit Vorliebe dann angewandt wird, wenn ein Ehemann oder eine Ehefrau Verstöße gegen die eheliche Treue begangen hat. Sie heißt „Das Rappeln" und besteht darin, daß die Nachbarn in der Dunkelheit vor das Haus des Sünders ziehen und durch Aufeinanderschlagen von Blechdeckeln, Blasen in Gießkannen, Abschießen von Revolvern einen Höllenlärm verüben. In einer der letzten Nächte wurde auf diese Weise dem jungverheirateten Kommis einer hiesigen Waffenfabrik gerappelt, weil er noch ein zartes Verhältnis nebenbei unterhielt. Der junge Mann nahm sich das aber so zu Herzen, daß er sich mit Lysol vergiftete.

** **Duisburg**, 31. Okt. **Wegen eines Einbruchs** beim Bergmeister Fest in Oberhausen, bei welchem den Dieben für 3000 Mk. Silberbestecke, Goldschmuck, Kleider und ein kleiner Geldschrank in die Hände fielen, wurde der Küfer Hammer zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und der Fuhrknecht Wilh. Walter wegen Hehlerei in derselben Sache zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

** **Duisburg**, 31. Okt. **Infolge anhaltenden Wassermangels** ist der Wasserstand der Ruhr ein so niedriger, wie er seit langem nicht mehr gewesen ist. Etwa 50 Meter oberhalb der Brücke an der Ruhrorter Straße liegt ein Streifen des Flußbettes vollständig trocken.

** **Düsseldorf**, 31. Okt. **Das zweijährige Töchterchen** einer in der Sternstraße wohnenden Familie stürzte in einen Bottich mit heißem Wasser. Die erlittenen schweren Verletzungen hatten den alsbaldigen Tod des Kindes zur Folge.

Krefeld, 2. Nov. **Ein vierjähriges Mädchen** wurde von einem Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet.

** **M.-Gladbach**, 31. Okt. **(Schrecklicher Unglücksfall.)** Der Hülfsheizer Hohenforst von hier hatte sich auf der Fahrt nach Dalheim aus einem nicht festgestellten Grunde aus der Lokomotive weit hinausgelehnt. Dabei schlug er mit dem Kopfe gegen eine Mauer und erlitt so schwere Verletzungen, daß er vom Zuge stürzte. Der Maschinist ließ sofort halten, und beim Absuchen der Strecke fand man den Verunglückten neben den Geleisen liegen. Er wurde nach Rheydt ins Krankhaus gebracht, wo er gestorben ist.

** **Köln**, 2. Nov. **(Ueberfahren.)** Der Schaffner Fischer fiel aus einem elektrischen Straßenbahnwagen, wurde überfahren und getötet.

** **Köln**, 2. Nov. **Ein schwerer Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht in dem Gold- und Luxuswarengeschäft Bleinhelft verübt. Die Diebe hatten sich in ein auf der ersten Etage gelegenes Bureau geschlichen und waren durch ein in die Decke gebohrtes Loch in den Laden gelangt. Den Einbrechern fielen Gold- und Luxuswaren im Werte von 40 000 Mk. in die Hände. Man hat zwei Personen in Verdacht, die sich des Nachmittags längere Zeit vor dem Geschäft aufgehalten haben und deren Signalement man kennt.

** **Bonn**, 31. Okt. **Dienstherr und Magd** standen gemeinschaftlich vor dem Schwurgericht wegen Meineids und Verleitung und Anstiftung dazu. Der 35 Jahre alte Gärtner Spiller in Meckenheim hatte sich verschiedene Sittlichkeitsdelikte zu schulden kommen lassen und wurde deshalb zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er versuchte vorher, die bei ihm bedienstete Magd Mahlberg und eine Magd Wilms zu anderen Aussagen zu veranlassen. Der Erfolg war, daß die Mahlberg wegen Meineids vor den Geschworenen stand. Die zweite Magd hatte wahrheitsgemäß Aussage gemacht. Spiller selbst stand wegen Verleitung und Anstiftung unter Anklage. Das Urteil lautete daher auf 18 Monate Zuchthaus unter Einrechnung der neunmonatigen Gefängnisstrafe. Die Mahlberg war, weil die Geschworenen alle Schuldfragen verneinten, freigesprochen worden.

** **Bonn**, 31. Okt. **Wegen Kindestötung** stand die 23 Jahre alte Mathilde Mähler aus Honnef vor dem Schwurgericht. Die Angeklagte hatte im April ein zweites uneheliches Kind geboren. Sie wußte nicht aus und ein, und warf schließlich ihr Kind am 29. April in den Rhein. Die Geschworenen billigten der Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf ein Jahr, drei Monate Gefängnis.

* **Emmerich**, 31. Okt. **(Absturz in der Kirche.)** Von dem in der Wiederherstellung begriffenen Bau der evangelischen Kirche stürzte gestern Vormittag gegen 11 Uhr beim Heraufwinden eines schweren Steins ein Maurer aus der Höhe in den Innenraum der Kirche, er war sofort tot.

Aachen, 31. Okt. **In einem hiesigen Gasthof** wurde ein Reisender wegen Verdacht des Diebstahls verhaftet. Es ergab sich, daß der Verhaftete sich unter falschem Namen hier einlogiert hatte und mit einem Kaufmann identisch ist, der bis vor kurzem in Borkum ein Delikatessengeschäft betrieben hatte, in Konkurs, geraten war, und, um Selbstmord vorzutäuschen, seine Kleider, Papiere usw. am Strande der See niedergelegt hatte.

** **Holthausen** b. Hattingen, 31. Okt. **(Verbrüht.)** In der Wohnung des Stallschweizers Guizenga, in der drei Kinder im Alter von 6, 3 und 2 Jahren allein zurückgeblieben waren, fiel das älteste in einen mit kochendheißem Wasser gefüllten Kessel und verbrühte sich derart, daß es schon nach kurzer Zeit verschied.

Aus aller Welt.

— **Eine Ballonfahrt auf Leben und Tod** haben zwei Berliner Herren, Direktor H. Riehm und Fabrikant C. Brettschneider, in Gemeinschaft mit dem Kieler Professor Hehne, unter Führung des Leutnants Siebert vom Hagenauer 31. Feldartillerie-Regiment, gemacht. Die vier Herren waren am Sonntag vormittag 8 Uhr 20 Minuten von den Schmargendorfer Gaswerken aufgestiegen. Als sie kurz nach 11 Uhr sich zur Landung entschlossen und den Niederstieg bereits begonnen hatten, gewahrten sie plötzlich, daß sie auf die See getrieben waren. Dichte Wolkenmassen hatten ihnen jede Orientierung unmöglich gemacht, und nun brauste das Meer zu ihren Füßen. Da vier Herren an der Fahrt teilnahmen, so hatten sie nur wenig Ballast mitgenommen. Als sie über dem Wasser schwebten, griffen sie zu den verzweifeltsten Mitteln, um die Gondel zu erleichtern. Zuletzt zersägten sie die Bänke des Tragkorbes und warfen sie in die See. Aber auch dies half nichts. Der Ballon blieb, wie gebannt, nahe dem Wasser, und zeitweilig standen die Aeronauten bis an die Brust im Wasser. Fünf Viertelstunden trieben sie in dieser Situation über dem Meere. Alle hielten ihre letzte Stunde für gekommen. Da erhob sich ein Wirbelwind, der das Luftschiff hart anpackte, und es mit rasender Gewalt dem Lande zutrieb. Jetzt wurde die Reißleine gezogen. Wohl waren alle bis auf den Leutnant Siebert zu Boden geschleudert und Herr Brettschneider mit einem gebrochenen Bein liegen geblieben; aber bald darauf war auch das letzte Gas entwichen. Wie die Herren nunmehr erfuhren, waren sie über die Lübecker Bucht getrieben und bei Köllenhusen im Holsteinischen gelandet.

— **Feuersbrunst in Südrußland.** Eine gewaltige Feuersbrunst, durch die eine ganze Stadt im Gouvernement Ufa in Schutt und Asche gelegt wurde, hat — wie erst jetzt bekannt wird — in Südrußland gewütet. Die abgelegene Stadt Sterlitamak im Gouvernement Ufa ist vor mehreren Tagen bei starkem Winde bis auf den Grund niedergebrannt. Insgesamt sind 526 Wohnhäuser, 7 Schulen, mehrere Kirchen und ein Hospital für Frauen ein Raub der Flammen geworden. Auch eine Holzbrücke wurde eingeäschert. Der Schaden beträgt zwei Millionen Rubel.

— **Räuberischer Ueberfall.** In der Nacht zum Freitag wurde die Inhaberin der Milchkuranstalt am Schiffgraben in Hannover Frau Pitz, in ihrem Schlafzimmer von zwei maskierten Männern überfallen, die sie am Halse würgten und den Mund verstopften, um sie am Schreien zu verhindern und dann unter Drohung mit einem Revolver zwangen, aufzustehen, und den Geldschrank zu öffnen. Die Räuber leerten den Geldschrank, in dem sich 200 Mk. befanden, und verschwanden mit der Beute.

— **Die Kasse** der Güterabfertigung des Bremer Bahnhofes ist in der letzten Nacht um 24 000 Mark beraubt worden. Der Dieb hat die Kasse mittelst Nachschlüssels geöffnet, die Summe herausgenommen und die Kasse wieder verschlossen. Das Geld war zu Lohnzahlungen bestimmt. Vom Täter hat man noch keine Spur.

— **An Bord** des Panzerschiffes „Brennus" sind 60 Matrosen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der Schiffsarzt hat eine Untersuchung der Nahrungsmittel angeordnet.

— **Wegen großer Hypothekenschwindeleien** ist nach der „Kieler Ztg." der alleinige Bevollmächtigte der „Norddeutschen Gesellschaft für Bank und Kommission, Mohnssen, u. Co." in Kiel, Arthur Mohnssen, Burgstraße 4, verhaftet worden. Er wird außer des Hypothekenschwindels auch des Betruges und der Zechprellerei beschuldigt.

— **Mord und Selbstmord.** Sonnabend früh erschoß in Hamburg der 21jährige Kellner eines Restaurants in den Kolonnaden die siebzehnjährige Tochter seines Wirtes, welche das Verlöbnis mit ihm aufgehoben hatte, und verübte darauf Selbstmord. Das Mädchen war sofort tot, der Täter starb auf dem Transport.

— **Die Anklage** wegen Anstiftung zum Meineid ist nunmehr gegen Dr. Büttner-Pfinner zu Tal erhoben worden. Die Anklage, daß Dr. Büttner in von ihm abhängig Schwenniger zum Meineid angestiftet habe, beruht auf Indizien und Tatsachen. Die Schwenniger hat nach dem „Berl. Lok.-Anz.", beschworen, sie habe das Mädchen, die heutige Frau eines Münchener Architekten, im intimen Verkehr mit dem Maler Jose Ferenczy-Roth (Fünfkirchen) überrascht, eine Persönlichkeit, die unauffindbar ist und die rD. Büttner nun neuerdings sucht.

— **Der Parsevalballon**, dessen Abnahme durch die Militärverwaltung nach Lösung der beiden schwierigsten Aufgaben der Abnahmebedingungen nur noch eine Frage der allernächsten Zeit ist, wird, wie die Allg. Armee-Korrespondenz von zuverlässiger Seite erfährt, zunächst beim Luftschifferbataillon verbleiben. Die Mannschaften des Bataillons sollen in der Handhabung des Luftschiffes durch das bisherige, im Dienste der Motorluftschiffahrt-Studiengesellschaft stehende Personal unterwiesen werden. Ferner werden, nach dem das Luftschiff seine flugtechnischen Fähigkeiten nachgewiesen hat, ausgedehnte Versuche stattfinden, um es in seiner militärischen Verwendbarkeit noch mehr zu vervollkommnen. Ueber die zukünftige Garnison des „Parseval" nach Abschluß dieser Prüfungszeit ist noch nichts bestimmt. Im Falle der Abnahme wird die Heeresverwaltung an die Motorluftschiffahrt-Studiengesellschaft die Summe von 250 000 Mk. zahlen, von der ein vertraglich festgesetzter Teil dem im Dienste dieser Gesellschaft stehenden Erfinder, Major von Parseval, überwiesen wird.

— **Die Vergiftungsaffäre** in München bei der der 45jährige Architekt Otto Schnartz aus Halle a. S. den Tod fand, und die 28jährige Wiener Konzertsängerin Walli Theumann bewußtlos in der Wohnung des Architekten aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht wurde, stellt die Untersuchung vor ein neues Rätsel. Die Sängerin ist im Krankenhause wieder zum Bewußtsein gekommen und bestreitet entschieden, daß sie oder der inzwischen verstorbene Architekt Gift genommen hätte. Tatsächlich wurde auch keine Spur Gift in der Wohnung und beim Auspumpen des Magens des Verstorbenen gefunden. Im Krankenhause wurde bei der sofort vorgenommenen Untersuchung keine Spur gefunden, die den Fall irgendwie aufklären könnte.

— **Aus Sorge** um ihren kranken Mann ist die Gattin des Geh. Oberregierungsrates a. D. Geisler in den Tod gegangen. Vor ungefähr einer Woche traf Geheimrat G. mit seiner Gattin aus Straßburg in Berlin ein und nahm in einem Pensionat in der Tauentzienstraße Wohnung. Geheimrat G. suchte vor einigen Tagen die Privatklinik des Professors Silex in der Karlstraße auf, um sich dort einer Staroperation zu unterziehen. Der operative Eingriff verlief glücklich, und der Patient befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Besorgnis um ihren kranken Mann ließ aber trotz des normalen Verlaufs der Krankheit die Gattin nicht zur Ruhe kommen. Sie befand sich seit dem Tage der Operation in einem seltsam aufgeregten Zustand, der zu ihrem tragischen Ende führte: In einem unbewachten Moment stürzte sich die bedauernswerte Frau kurz vor 10 Uhr vormittags aus dem Fenster des im dritten Stockwerk belegenen Pensionats auf den Hof hinab. Außer einem Schädelbruch erlitt sie Verletzungen der Wirbelsäule und mehrfache Knochenbrüche. Auf dem Transport nach dem Krankenhause verstarb die Unglückliche. Die beiden in Süddeutschland lebenden Söhne, ein Hauptmann und ein Assessor, wurden telegraphisch von dem Tode ihrer Mutter benachrichtigt.

— **Ein tragisches Schicksal** hat sich an der Familie des Geh. Kirchenrats Prof. Dr. Baentsch in Jena erfüllt. Nachdem vor kurzer Zeit der Sohn gestorben war, starb infolge des Kummers nach kurzer Krankheit am 27. Oktober der Vater, Geh. Kirchenrat Prof. Dr. Baentsch. Zu gleicher Zeit melden Lokalblätter, daß an diesem Tage die Leiche einer schwarz gekleideten Dame aus der Saale gezogen wurde. Es war die Witwe des Professors. Die Bedauernswerte hatte den hoffnungsvollen Sohn und geliebten Gatten nicht zu überleben vermocht. Die Todesanzeige, von Anverwandten erlassen, drückt dies in folgenden schlichten Worten aus: „Ihrem geliebten Sohne folgten heute in die Ewigkeit nach die trostlosen Eltern Herr und Frau Geh. Kirchenrat Dr. Baentsch." Prof. Dr. Baentsch stand im 50. Lebensjahre und war seit dem Jahre 1901 Professor der alttestamentlichen Theologie in Jena.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau,
Ξ = Privattelegramm.

Der Kronprinz beim Reichskanzler.

Ξ **Berlin**, 2. Nov. Seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz stattete dem Reichskanzler Fürsten Bülow gestern nachmittag einen längeren Besuch ab.

Das Kaiserinterview als Krankheitsursache?

Ξ **Berlin**, 2. Nov. Während des Diners bei der Urheberschutzkonferenz wurde der Staatssekretär von Schön von einem Unwohlsein befallen, dessen Heilung 3 bis 4 Wochen beanspruchen dürfte. Staatssekretär von Schön klagte seit längerer Zeit über allzu große Ueberbürdung mit Dienstgeschäften.

Frankreich und das Kaiser-Interview.

Ξ **Berlin**, 2. Nov. Das Berliner Tageblatt registriert unter allem Vorbehalt, der französische Botschafter Cambon habe dem auswärtigen Amte eine Note überreicht, die den französischen Standpunkt zu den im Kaiserinterview besprochenen deutsch-französischen Angelegenheiten darlegt.

Der Kaiser will mit Zeppelin aufsteigen.

Ξ **Stuttgart**, 2. Nov. Gelegentlich des Jagdaufenthaltes in Donaueschingen wird der Kaiser zwischen dem 12. und 15. November in Manzell das Zeppelinsche Luftschiff besuchen und an einem Aufstieg teilnehmen.

Schweres Automobil-Unglück.

W **Wiesbaden**, 2. Nov. Auf der Wiesbaden—Frankfurter Chaussee, in der Nähe von Erbenheim, verunglückte bei der Wirtschaft „Zum Wandersmann" ein Automobil. Dem **Besitzer** des Wagens, Schuhfabrikant Reinhard, Inhaber der Firma Dirr & Reinhard in Worms, wurde das **Rückgrat eingedrückt**, ein anderer Insasse namens Trimples wurde **schwer verletzt**. **Zwei Wiesbadener** Damen, Drahmes und Vassen, waren **sofort tot**. Der Chauffeur erlitt einen Armbruch. Nach Aussage des Chauffeurs lief das Auto vor der Wirtschaft plötzlich seitwärts und rannte gegen die Brüstung der Chaussee. Beide schwerverletzten Herren wurden ins Josefs-Hospital gebracht.

Massen-Verabschiedung.

Ξ **Petersburg**, 2. Nov. Anläßlich der Reform des Marineministeriums wurden 14 Admirale aufgefordert, ihren Abschied einzureichen.

Räuberischer Ueberfall.

W **Kischinew**, 2. Nov. In der Nähe von Chotin wurde von acht Räubern ein Ueberfall auf die Post verübt, wobei 79 700 Rubel in die Hände der Räuber fielen. Der Kutscher und ein Wächter wurden getötet, drei andere Begleiter des Transportes verletzt.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Nov. Bei dem am Sonntag stattgehabten Fußballwettspiel des Ballspielvereins gegen den Fußballklub Hohenzollern hierselbst, siegte der Ballspielverein mit 3 : 0 Tore. Wir wünschen dem Verein ein kräftiges „Ball Heil!".

Im Silberkranz.

Kamen, 3. Nov. Das schöne Fest der silbernen Hochzeit begehen am heutigen Tage die Eheleute W. Schetter, Kämerstraße, hier. Zu diesem Feste bringen auch wir dem Jubelpaare die besten Glückwünsche dar.

Kamen, 3. Nov. Die Eheleute Fritz Wißmann hier, begehen am heutigen Tage das schöne Fest der silbernen Hochzeit. Wir bringen dem Jubelpaar auch an dieser Stelle unsere besten Glückwünsche dar.

Bei fieberhaften Krankheiten: Influenza, Pneumonie 2c. bietet „Kufeke" als gesundheitsgemäße Nahrung eine wirksame Unterstützung der Fieberdiät, da es leicht verdaulich ist, kräftig ergänzend wirkt und durch seinen Gehalt an Mineralstoffen auch den Appetit anregt. 1117

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

Emma

und für die zahlreichen Kranzspenden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Voigts, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

1465 **Die tieftrauernden Eltern u. Bruder**
Familie Rutke.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Oberaden belegenen, im Grundbuche auf den Namen des Schuhmachers **Heinrich Vögeding jun.** in **Oberaden**

eingetragenen Grundstücke Flur 4 Nr. 740, an der Günsmer, Acker 8,11 ar, 0,52 Taler Reinertrag, Flur 4 Nr. 741 Holtacker, Acker 83,62 ar, 2,62 Taler Reinertrag;

Flur 4 Nr. 742 Holtacker, Acker 35,46 ar, 1,11 Taler Reinertrag;

Flur 4 Nr. $^{1202}/_{391}$, Oberaden, Hof mit a) Wohnhaus Nr. 26, Hausgarten, b) Backhaus 3,54 ar, 60 Mark Nutzungswert;

Flur 4 Nr. $^{1203}/_{390}$, Oberaden, Hausgarten 15,26 ar;

Flur 4 Nr. $^{1590}/_{323}$ 2c. am Uferheck, Acker, 16,92 ar, 3,31 Taler Reinertrag

am 11. Dezember 1908, vorm. 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Kamen, den 2. Oktober 1908.

1463 **Königliches Amtsgericht.**

Städtische Volksbibliothek.

Von **Montag, den 2. November,** ist die Bibliothek während des Winterhalbjahres an folgenden Tagen geöffnet:

Sonntag, Dienstag } von 11½ bis 12½ Uhr
Montag, Donnerstag, Freitag } von 6 bis 8 Uhr abends.

Der Ausschuss.

Neu! Neu! Neu!
Grab-Einfassungen

Kunststandstein aus einem Stück.
Patentamtlich geschützt D. R.-G.-M. Nr. 266458.
Leichtes Transportieren und Aufsetzen ohne weitere Arbeiten.
Billige Preise!
Zur Ueberzeugung und Ansicht meines Lagers lade ergebenst ein. i1454

Allein-Verkauf nur bei
J. D. Gerdes, Stuck-Geschäft
- - KAMEN. - -

Sie fahren gut mit
Dr. Crato's Backpulver



weil es von unübertrefflicher Wirkung ist; weil es aus reinen chemischen Stoffen hergestellt und deshalb frei von irgendwelchen giftigen Bestandteilen ist; weil es nie versagt, da es sich erst in Wärme auflöst.

Alleinige Fabrikanten:
Stratmann & Meyer ◆ Bielefeld
Knusperchenfabrik.

Herbst-Kontrollversammlungen 1908
im Stadt- und Landkreise Hamm.

Es werden hierdurch zur Teilnahme an der Kontrollversammlung zu nachstehend aufgeführten Orten und Zeiten aufgefordert:

1. Die Unteroffiziere und Mannschaften der Jahresklassen 1901 bis 1908 darunter auch:
   a) Halbinvalide und zeitig ganzinvalide (dauernd ganzinvalide nehmen nicht teil), Rentenempfänger,
   b) wegen Unabkömmlichkeit oder Felddienstunfähigkeit hinter die letzte Jahresklasse der Reserve, Landwehr I. und II. Aufgebots zurückgestellte,
   c) zur Disposition der Ersatzbehörden entlassene und
   d) zur Disposition der Truppen-(Marine-)teile beurlaubte.
2. Folgende Personen der Landwehr (Seewehr):
   a) der Jahresklasse 1896 alle diejenigen, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1896 eingetreten sind und
   b) der Jahresklasse 1898 die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1898 eingetretenen Kavalleristen und reitenden Artilleristen, die 3 Jahre aktiv gedient haben, sowie vier oder Mehrjährig-Freiwilligen der Marine, die der Verpflichtung zur vier- oder mehrjährigen Dienstzeit nachgekommen sind und Mannschaften der Fußtruppen, der fahrenden Feld-Artillerie und des Trains, die 3 Jahre aktiv gedient haben und nach dem 31. März 1900 entlassen sind:

Appellplätze bestehen in:

Werwe (Saal des Herrn Wirts Klothmann).
Gemeinde: Heeren und Werwe (vom Amtsbezirk Unna-Kamen).
Mittwoch, den 4. November, 10¾ Uhr, vormittags:
Sämtliche Aufgeforderte.

Methler (Hofraum des Herrn Wirts Pfennigheuer).
Gemeinden: Methler, Westick, Kaiserau, Wassercourl, Oberaden, Niederaden und Weddinghofen (vom Amtsbezirk Unna-Kamen).
Donnerstag, den 5. November, 8¾ Uhr vormittags:
Sämtliche Aufgeforderte.

Kamen (Hofraum des Herrn Wirts Reinhard, Schützenhof)
Stadt Kamen:
Donnerstag, den 5. November, 11 Uhr vormittags:
Unteroffiziere und Mannschaften der Jahresklassen 1901 bis 1903.
Gemeinden: Bergkamen, Overberge, Heil, Rottum, Derne und Lerche (vom Amtsbezirk Pelkum) und Südkamen (vom Amtsbezirk Unna-Kamen)
Donnerstag, den 5. November, 12½ Uhr mittags:
Unteroffiziere und Mannschaften der Jahresklassen 1904 bis 1908 und von den Jahresklassen 1896 und 1898 die oben unter Ziffer 2 bezeichneten.

Zu welcher Jahresklasse ein jeder Mann gehört, ist auf dem Deckel des Militärpasses zu ersehen.

Schriftliche Aufforderungen zu den Kontrollversammlungen ergehen nicht.

Eigenmächtiges Fortbleiben von der Kontrollversammlung wird als Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl mit Arrest bestraft, eigenmächtiges Erscheinen zu einem andern, als für seinen Ort bestehenden Appellplatz oder zu einem andern, als für ihn angesetzten Appell wird ebenfalls bestraft.

Militärpaß, Führungszeugnis und Kriegsbeorderung oder Paßnotiz sind mitzubringen.

Mannschaften der Jahresklasse 1904 werden auf die Sauberkeit der Füße hingewiesen, da Fußmessungen vorzunehmen sind.

Befreiungen von den Kontrollversammlungen können nur durch das Bezirks-Kommando erfolgen. Bezügliche Gesuche sind von Unteroffizieren und Mannschaften bis spätestens 30. Oktober beim Meldeamt Hamm einzureichen.

Soest, im Oktober 1908.

Königliches Bezirks-Kommando.

Am Sonntag, d. 8. November,
findet im Schützenhof (Wilh. Reinhard) ein
Volks-Unterhaltungs-Abend
statt. **Anfang 7½ Uhr.**
Rezitation des Herrn M. Halter-Hannover unter Mitwirkung des M.-G.-V. „Auguste Viktoria".

Zum Eintritt berechtigt ein Programm, das bei den Herren Felting, Meyer, Holtmann und und Matthiä, sowie an der Kasse zum Preise von **25** Pfg. zu haben ist. 1456

Kinder haben keinen Zutritt.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch den 4. Nov. cr., vormittags 11 Uhr, werde ich bei dem Wirt **Mast** zu **Overberge:**

4 ungef. 4 Monate alte Schweine,
2 „ 6 Monate alte Schweine und
1 Mutterschwein

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Kamen, den 2. November 1908.

1467* **Falley,** Gerichtsvollzieher.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,
Inhaber: **Peter Gross.**
CAMEN, Nordenmauer 37
Baumaterialien-Handlung,
Steinhauerei,

Lager in:
Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen 2c.
Weiss- und Wasserkalk.
Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.
Spezialität: **Grab-Denkmäler**
in Marmor, Syenit u. Sandstein. 15

Im Erscheinen befindet sich:
Meyers Grosses Konversations-Lexikon
Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.
11,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.
148,000 Artikel u. Verweisungen.
20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Bei **Drüsen, Skrophein;** Blutarmut, Englisch. Krankheit, Hautausschlag, Hals-, Lungen-Krankheiten, Stick- und Keuchhusten, Rheuma, Gicht, zur Kräftigung blutarmer schwächlicher Kinder empfehle eine Kur mit
Lahusen's Lebertran „Jodella".
Der beste, wirksamste, beliebteste Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Beste Zeit für eine Kur **August bis Mai.** Man kaufe nur Originalpackung **Preis Mk. 2.30** oder **Mk 4.60** mit dem patentierten **Schutznamen: „Jodella".** Alles andere weise man als nicht echt zurück.
Alleiniger Fabrikant:
Apotheker Wilh. Lahusen in Bremen.
Immer frisch zu haben in
Kamen: 1461
Adler-Apotheke.

? Das **natürlichste,** aus der **frischen Brennessel,** nicht aus Extrakten hergestellte altbewährte, überall eingeführte Haarwasser bei **Schuppen, Haarausfall, Kahlköpfigkeit** ist
Wendelsteiner-Häusner's Brennessel-Spiritus
Schutzm. „Wendelsteiner Kircherl" und „Brennessel".
Flasche Mk. 0,75, 1,50 und 3,00. Alpina-Seife à M. 0.50, Alpina-Milch à 1.50, Brennessel-Haaröl M. 0.50, Pomade 1.00, Alpenblumensommersprossen-Creme Mk. 2.00.
Pulscherol Ideal d. Haut- u. Schönheitspflege à M. 4,00, 1.00, 2,00.
Löwendrogerie **Carl Müller jr.,**
Drogerie **Heinr. Jacobi.** 566

Mandelkleienseife.
Etwas für den feinen Toilettentisch, etwas für empfindliche spröde Haut. Ein Versuch wird Sie zum dauernden Freund obigen Fabrikats erheben.
à **Stück 50 Pfg.** echt nur bei: 1235
Fritz Jahrmärker,
Friseur,
West- und Dunkelstr.-Ecke.

„Die Kunst des Inserierens"
Neue Broschüre an Interessenten porto- u. kostenfrei
Daube & Co.
G. m. b. H.
Annoncen-Expedition
Hohestrasse 48/50
Köln a. Rh.

Evang. Arbeiter-Verein KAMEN.
Dienstag, den 3. Novbr.:
Diskussions-Abend.

Verkaufs- resp. Verpachtungs-Anzeige.

Verziehungshalber will der Bergmann Herr **Franz Vittinghoff** seine in der Oberadener Heide Nr. 79g belegene



Besitzung,
bestehend aus einem fast neuen einstöckigen **Wohnhause** und zirka **100 Ruten Gartenland,** unter günstigen Bedingungen durch Unterzeichnete unter der Hand verkaufen resp. auf 6 Jahre verpachten.

Der Antritt kann sofort erfolgen.

Heil.

Brüggemann,
1466* Auktionator.

Auf Abbruch
zu verkaufen eine
Scheune,
8 Meter breit und 12 Meter lang, ganz aus Eichenfachwerk erbaut. *1441

Bergkamen. **H. Koepe.**

Nur 1 Mk. das Los!
d. XVII. Strassburg. Lotterie. Ziehung sicher 21. Novbr.
1859 Günstige Gewinnaussichten
Gesamtbetrag i. W.
39,000 Mk.
3292 **Hauptgewinne:**
12,500 Mk,
1198 **Gewinne zusammen:**
26,500 Mk.
Los à 1 Mk. { 11 Lose 10 M. (Porto u. Liste 25 ₰
versendet Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer, Strassburg i. E. Langestr. 107.
In Kamen: J. Gudera.

Um **Stoffe**
vor **Regenflecken** und **Einlaufen** zu schützen, empfiehlt sich zum Dekatieren 725
Färberei
Galluschke
Waschanstalt.
Läden: Kamen, Weststrasse 88.
Unna, Massenerstrasse 12.

Vertreter
für **Kamen** und **Umgegend** zur Wirtekundschaft **gesucht.**
Off. unter **W. H. 3535** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten. ?1462

Stellungsuchende
Redakteure,
Mitarbeiter,
Korrespondenten,
Expeditionsbeamte,
Propagandachefs,
Buchdruckereifaktoren,
Maschinenmeister,
Metteure,
Maschinensetzer,
Schriftsetzer
inserieren vorteilhaft im
„Zeitungs-Verlag"
Zentral-Organ f. d. deutsche Presse
Eigentum und Verlag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Hannover.
Zeilenpreis für Stellengesuche 15 Pf.
Der Anzeiger des „Zeitungs-Verlags" wird Stellensuchenden gegen Voreinsendung von 5 Pf. pro Nummer portofrei zugestellt. Der Betrag kann mit jeder beliebigen Nummer begonnen und beendet werden.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 132. Dienstag den 3. November 1908. 36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Weiteres zum Kaiser-Interview.

Nach einem Londoner Telegramm hat Sir Frank Lascelles erklärt, daß er nicht der Exdiplomat sei, von dem die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" ausgegangen sei, und ebenso hat Lord Weardale öffentlich die ihm zugeschriebene Urheberschaft abgeleugnet. Jetzt heißt es, daß der Publicist Buschford der Täter sei. Die Frage scheint indes ziemlich überflüssig zu sein, da wesentlich nur die Wirkung des Interviews ist, und die bleibt durchweg unerfreulich. Und selbst da, wo man allenfalls ein freundwilliges Verständnis für die Absichten des Kaisers erwarten sollte, findet man das Gegenteil. Z. B. der Friedensapostel W. T. Stead veröffentlicht in der „Daily Mail" einen offenen Brief an den Kaiser, in dem ausgeführt wird, daß nunmehr, nachdem der Kaiser selbst zugestanden habe, daß ein großer Teil der deutschen Nation England feindlich gesinnt sei, gar nicht genug britische Schiffe gebaut werden könnten, weil unter solchen Umständen von einem Einvernehmen zwischen Deutschland und England nicht gut mehr die Rede sein könne. — Der „Standard" berichtet von einem bisher noch

unbekannt gebliebenen Zwischenfall,

der sich angeblich zur Zeit des Jameson-Einfalles in Transvaal zugetragen habe. Als bei einem Botschafterempfange im Berliner Schlosse der Kaiser den britischen Botschafter bemerkte, sei er auf ihn zugeschritten und habe gesagt: „Ich höre, daß Eure Leute in Transvaal eingefallen sind, und ich hoffe, daß die ganze Gesellschaft erschossen werden wird." Der Botschafter habe sofort darüber an das Auswärtige Amt nach London berichtet.

Eine sachliche Ergänzung zu dem Interview

glaubt Lucien Wolff geben zu können. Nach seiner Behauptung bestand in den antienglischen Kreisen des russischen Kabinetts das Projekt einer förmlich antienglischen Koalition, deren Grundidee die war, die Erhaltung der Militärmacht der Buren an der Landesgrenze von Britisch-Südafrika zu sichern, um das Gleichgewicht zu erhalten. Rußland, Frankreich, Deutschland und Spanien sollten die Koalition bilden, und diese sollte Großbritannien zunächst auffordern, sich einer friedlichen Regelung gemäß der Haager Konvention zu unterwerfen; sollte aber dieser Vorschlag von England abgelehnt werden, so würde die Koalition zu Gewaltmaßregeln greifen. Frankreich und Deutschland sollten eine Flottendemonstration an der spanischen Küste unternehmen, um die englischen Verbindungen nach Afrika zu stören und Rußland sollte Indien bedrohen. Mit diesem Plane in der Tasche ging der russische Gesandte nach San Sebastion und legte ihn dem spanischen Ministerpräsidenten vor. Von dort aus begab er sich dann nach Paris, wo er am 10. Oktober Delcassee und etwas später den bekannten Burendelegierten Dr. Leyds sprach. Der spanische Ministerpräsident war im Prinzip einverstanden, zögerte aber. Jedoch konnte der russische Diplomat dem Dr. Leyds erklären, Rußland und Frankreich würden eine Annexion der beiden Burenrepubliken unter keinen Umständen zulassen. Später jedoch erklärt. Delcassee, daß Frankreich über bloße Vorstellungen in London nicht hinausgehen würde. Der russische Gesandte kam hierauf nach Berlin, wo er von Kaiser Wilhelm kühl abgewiesen wurde, und der Kaiser setzte die Königin Viktoria von dem ganzen Plane in Kenntnis. Trotzdem ließ sich Rußland nicht davon abhalten, einen Druck auf England auszuüben, indem es an der indischen Grenze etwa 50 000 Mann zusammenzog, während es gleichzeitig die Verhandlung mit Paris und Berlin wieder aufnahm. Jetzt — so sagt Lucien Wolff — nahmen Frankreich und Spanien den Plan günstiger auf, und auch Deutschland zeigte sich nicht abgeneigt, unter gewissen Bedingungen mitzumachen. Der ganze Plan sei dann ins Wasser gefallen, weil sich der Kaiser schließlich auf seiten Englands gestellt habe.

Im Gegensatz zu dieser Darstellung führt der „Figaro" einen Nachweis dafür, daß die Vorschläge zu einer gemeinsamen Aktion gegen England wegen des Burenkrieges

direkt vom Kaiser Wilhelm ausgegangen

sind. Hierüber macht das Blatt folgende Mitteilungen: Kurze Zeit nach dem ersten Besuch des Grafen Murowiew in Berlin hatte der französische Botschafter in Berlin, Marquis de Noailles, eine Unterredung mit Kaiser Wilhelm. Es war nach einer Theatervorstellung der Frau Rejane in Berlin, der auch der Kaiser beiwohnte. Nach der Vorstellung lud der Kaiser den französischen Botschafter zum Souper ein, sprach jedoch weniger vom Theaterstück als vielmehr von der Politik. Der Kaiser äußerte sich sehr erregt gegen die Engländer und meinte, daß die Engländer jetzt in Transvaal für ihre Korruption und ihre Habgier die verdiente Züchtigung erfahren. Der Kaiser sagte: „Alle sind sie so, Chamberlain hält sie fest in seiner Hand". Der Kaiser fügte noch andere höchst abfällige Aeußerungen über die Umgebung König Eduards hinzu, und er schloß mit dem Ausrufe: „Ha! wenn wir uns alle gegen sie vereinigen könnten!" Der französische Botschafter berichtete sofort über das Gespräch an seine Regierung. Der damalige Minister des Aeußern, Delcasse, antwortete nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten, Frankreich könne im Einverständnis mit seinem russischen Alliierten die Möglichkeit einer Entente mit Deutschland nur in bezug auf koloniale Fragen ins Auge fassen. Man müsse aber vorerst genau wissen, welche Tragweite Deutschland diesem Uebereinkommen zu geben geneigt sei. Der französische Botschafter versuchte die Ansicht des Reichskanzlers Grafen Bülow zu erfahren. Bülow gab jedoch nur ausweichende Antworten.

Weiter wird dem „Figaro" aus London gemeldet, Wilhelm II. selber habe den Korrekturabzug des Artikels gelesen und einige Stellen geändert. Es existiere sogar ein kaiserlicher Brief, den seit September der „Daily Telegraph" im Besitz habe, und in dem die Veröffentlichung des revidierten Textes ausdrücklich zugestanden wird. (Man muß hoffen, daß wenigstens diese Nachricht dementiert wird.)

Aus der Begründung des Finanzreformgesetzes

veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." am Sonnabend ein weiteres Teilchen, enthaltend die Vorschläge zur Reform des Schuldenwesens. Die genannte Zeitung schreibt: Zur Reform der Anleihewirtschaft bedarf es in formeller Hinsicht fester Grundsätze für die Verhinderung der Schuldenvermehrung und für die Schuldentilgung. Hinsichtlich der Aufnahme neuer Schulden besteht seit dem Jahre 1901 eine Reihe von Grundsätzen. Diese Grundsätze müssen eine noch schärfere Ausbildung erfahren. Das Haupterfordernis ist jedoch die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Hinsichtlich der Schuldentilgung bestehen erst seit dem Gesetz vom 3. Juni 1906 feste Normen. Die Bestimmungen von 1906 haben mangels ausreichender Mittel bisher nicht in Wirklichkeit umgesetzt werden können. Daneben sind in einer Reihe von Spezialvorschriften Tilgungspläne aufgestellt und eingehalten worden. Es erscheint notwendig, die allgemeinen Tilgungsvorschriften für die Schulden aus der Vergangenheit neu zu regeln. Bei Durchführung der hierfür getroffenen Bestimmungen wird es möglich sein, die vorhandene Schuld in rund 43 Jahren abzutragen. Für die Zukunft dagegen erscheint eine noch weitere Verstärkung geboten. Anleihen zu werbenden Zwecken sollen in dreißig Jahren abgetragen werden. Ausgaben für nicht werbende Anlagen sollen möglichst nicht auf Anleihe genommen werden. Sofern es sich als unumgänglich erweist, empfiehlt sich jährliche Tilgung mit 3 vom Hundert, was Abtragungen in rund 22 Jahren gleichkommt. Zur Durchführung dieser Tilgungsgrundsätze bedarf es erheblicher Mehraufwendungen. Es ergibt dies im Jahresdurchschnitt mindestens eine Verdoppelung der bisherigen Beträge (die bisherigen, für die Tilgung vorgesehenen Beträge belaufen sich auf rund 27,5 Millionen Mark), oder ein Mehraufwand von rund 27,5 Millionen Mark im Jahre.

Sydow gegen seine Vorgänger.

Die bisherige Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches hat einen scharfen Kritiker gefunden. Der Schatzsekretär und Staatsminister Sydow veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen" das erste Stück der amtlichen „Begründung zum Entwurf eines Gesetzes betr. Aenderungen im Finanzwesen". Hier feiert der selige Eugen Richter eine fröhliche Auferstehung. Alles, was dieser große Sachkenner ein st gegenüber der unheimlichen Vermehrung der Reichsschulden ausgeführt hat, wird jetzt von Sydow, teilweise unverändert, wiederholt. Dieser will damit allerdings nur die Notwendigkeit der ungeheuren Vermehrung der Reichssteuern beweisen, das nimmt aber der Kritik der verkehrten Finanzpolitik im Reiche nichts von ihrem Gewicht.

Sydow berechnet, daß sich der Gesamtunterschied zwischen Bedarf und Deckung allein für die jüngsten neun Jahre auf rund zwei Milliarden Mark beläuft, daß die Reichsschuld seit 1885 von 444 auf 4253½ Millionen Mark, also auf nahezu das Zehnfache angewachsen ist, und daß sie, wenn die Sachen so weitergehen, binnen wenigen Jahren auf mehr als acht Milliarden Mark, die jährliche Zinsenzahlung auf mehr als 310 Millionen Mark angewachsen sein wird.

Als seinerzeit vor der Steigerung der Reichsanleihen gewarnt und als deren Folge eine schwere Schädigung Deutschlands nach allen Richtungen hin angekündigt wurde, nannte man das Nörgelei und Schwarzseherei. Und jetzt malt der Verwalter des Reichssäckels selbst in sehr dunkeln, aber sicherlich der Sachlage durchaus entsprechenden Farben.

Seit dem Jahre 1895 ist der Kurs der dreiprozentigen Reichsanleihe von 99,60 auf 84,20, der 3½prozentigen von 105,80 auf 92,50 gesunken. Wer in der Erwartung auf die Beständigkeit des Anleihenkurses vor 12 Jahren 20 000 Mark in Reichsanleihe angelegt hat, hat daran bis heute 3000 Mk. verloren. Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Gewerbes gegenüber dem Auslande ist durch den hohen Zinsfuß beeinträchtigt worden. Gleichzeitig hat der niedrige Kursstand der deutschen Anleihen die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in einem ganz falschen, äußerst ungünstigen Lichte erscheinen lassen und dadurch den geschäftlichen Kredit der im Auslande arbeitenden deutschen Industriellen und Kaufleute geschädigt.

Alles richtig, werden aber die bevorstehenden Kämpfe um die ungeheure Steuererhöhung nicht ähnliche bedenkliche Wirkungen haben? . . .

Die Artillerie der Lüfte.

Interessante Neuerungen wurden Sonnabend vormittag durch das Berliner Luftschifferbataillon in Gegenwart zahlreicher Offiziere auf dem Tegeler Schießplatz erprobt. Von der Gondel eines Drachenballons wurden Handgranaten, die zwar ungeladen, aber mit automatischer Zündung versehen waren, auf die Erde geworden. Der Drachenballon wurde um 10 Uhr nach dem Schießplatz geführt und stieg dort mit einem Offizier in der Gondel zunächst in eine Höhe von 100 Metern auf. Aus dieser Höhe warf der Offizier, nachdem der Platz in weitem Umkreis abgesperrt worden war, nacheinander zwei Granaten, die mit Fähnchen versehen waren, nach einem bestimmten Ziel, wo sie mit leichtem Knall aufschlugen. Nachdem das Ergebnis des Wurfes festgestellt worden und der inzwischen gelandete Ballon wieder in die gleiche Höhe aufgestiegen war, wurden zunächst ein Fallschirm und dann abermals zwei Granaten geworfen. Dann stieg der Drachenballon bis zur Höhe von 250 Metern, von wo aus wiederum zwei Granaten zur Erde geschleudert wurden. Bei diesen Versuchen wurde die Flugbahn der Granaten jedesmal photographiert. Die Experimente sollen in nächster Zeit auch von lenkbaren Luftschiff aus unternommen und dann mit geladenen Granaten fortgesetzt werden.

Aus aller Welt.

— **Die Sieger im Bennett-Fliegen.** Das Preisgericht zur Entscheidung über die Zuerkennung der Preise in der am 11. Oktober veranstalteten Ballonwettfahrt um den Gordon-Bennett der Lüfte ist zusammengetreten. Der erste Preis wurde zuerkannt dem schweizerischen Ballon „Helvetia", Führer General-Labsoberst Schaeck, der zweite Preis dem englischem Ballon „Banshee," Führer Dunville, der dritte Preis dem belgischen Ballon „Belgica", Führer Geerts.

*

Die erste Reise im Aeroplan.

Die erste Reise im Aeroplan ist ausgeführt. Henry Farman hat auf seinem von Voisin konstruierten Flugapparat die Fahrt vom Exerzierplatz bei Chalons bis zu den Toren von Rheims gemacht. Der Weg ist siebenundzwanzig Kilometer lang und wurde in zwanzig Minuten zurückgelegt. Der Flug hielt sich in der Höhe von ungefähr fünfzig Metern und ging über Wädelr, Dörfer und Eisenbahnlinien. Nach Farmans Erzählung waren dies die bedenklichsten Minuten der kühnen Fahrt. Die Freude der Franzosen über den Triumph der französischen Aviatik ist begreiflicherweise sehr groß.

Die Landung auf dem Kavallerie-Uebungsplatz vor den Toren von Reims erfolgte fast unbemerkt, da Farman niemand von seiner Absicht verständigt hatte. Die Nachricht von seiner Ankunft lockte alsbald eine große Menschenmenge herbei, die dem Aviatiker stürmische Ovationen bereitete. Farman gedachte, in Rims zu übernachten und morgens zum Lagerfeld von Charlons zurückzufliegen, doch stellte es sich heraus, daß der Motor unter der Ueberhitzung gelitten hatte, und den Apparat wurde daher mit einem Automobil nach Bouy zurückgebracht. Farmann erklärte, daß ihn unterwegs einige Fehlzündungen des Motors beunruhigt hätten, auch der Flug über die 30 Meter hohen Pappelbäume, von denen bei seinem Nahen Krähenscharen erschreckt aufstoben, habe ihn mit Beklemmung erfüllt, doch habe er sich gesagt, man sterbe nur einmal, und sei weiter geflogen. Im übrigen habe ihm der Flug die größten Freuden seines Lebens bereitet, und er wäre entzückt gewesen, als er die Eisenbahnlinie überflogen hatte, auf der ein Zug geräuschvoll und qualmend dahineilte.

— **Das italienische lenkbare Militärluftschiff,** das mit Major Mor's und den Kapitänen Crocco und Ricaldoni an Bord um 11 Uhr 45 Minuten Bracciano verließ, hat seine Fahrt am Sonnabend bis Rom ausgedehnt. Es fuhr in einer Höhe von 200 Metern über den Militär-Uebungsplatz hinweg, wobei man deutlich das Geräusch der Schrauben vernahm. Das Luftschiff hatte eine Geschwindigkeit von etwa 50 Kilometern in der Stunde. Ueber dem Kapitol wandte sich das Luftschiff, fuhr von neuem über den Uebungsplatz hinweg und kehrte wohlbehalten nach Bracciano zurück.

Tragödie auf der Hochbahn.

Eine Familientragödie hat sich Freitag vormittag auf der Berliner Hochbahn abgespielt. In einem Untergrundbahnzug unternahm der 36 Jahre alte Buchhalter Paul Menza einen Mordversuch gegen seine Ehefrau, die 26jährige Elly Eichler gnt. Menza. Er brachte ihr aus einem sechsläufigen Revolver einige Schüsse in die Brust bei und jagte sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe. Das Paar hatte vor etwa 2 Jahren geheiratet und lebte in Frankfurt a. M. Vor einiger Zeit gab es zwischen den Eheleuten Meinungsverschiedenheiten, die schließlich zu einer Trennung führen sollten. Die junge Frau zog nach Berlin, wohin ihr der Mann vor einigen Tagen nachfolgte. Er beobachtete Donnerstag abend seine Frau, die im Kaufhaus des Westens ist, in Begleitung eines Herrn aus dem Kaufhaus und wollte sich an ihr rächen. Er lauerte ihr Freitag früh auf und stieg mit ihr in dasselbe Abteil der Hochbahn. Kurz vor der Station Wittenbergplatz zog er den Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf seine Frau ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Der Zustand ist bei beiden sehr bedenklich.

*

— **Der Hamburger Kindsraub.** Dem Fremdenblatt zufolge wurde der Donnerstag nachmittag geraubte Knabe, Freitag nachmittag seinen Verwandten wieder zugeführt. Ein junger Mann, der nachmittags auf der Post den von dem entführten geforderten Brief mit 6000 Mark abholen wollte, wurde verhaftet. Er gibt an, einen Auftraggeber zu haben.

*

Für eine halbe Millionen Mark Juwelen gestohlen.

Nach Mitteilungen der Kriminalpolizei in Hamburg hat ein Diamanthändler aus Kopenhagen Juwelen im Werte von einer halben Million Mark im Hotel Hamburger Hof zur Aufbewahrung übergeben, welche in der Zeit von 11 bis 12 Uhr mittags gestohlen wurden, und zwar aus dem für Aufbewahrungszwecke bestimmten Geldschrank, zu dem nur die Hotelleitung und der Wertsachenbesitzer die Schlüssel haben.

*

— **Auf der Suche nach einem vermißten Dampfer.** Nach einem drahtlosen Telegramm von einem Dampfer, der auf die Suche nach dem seit seiner Abfahrt von Hoek van Holland vermißten Frachtdampfer „Yarmouth" ausgeschickt war, sind Trümmer eines Wracks aufgefischt worden, die anscheinend zur „Yarmouth", die 22 Mann Besatzung hatte, gehören. Zur Fracht der „Yarmouth" gehörten auch, wie verlautet, drei Möbelwagen mit Möbeln, die Eigentum eines Botschafters, zweifellos des früheren Berliner Botschafters, Sir Frank Lascelles sind.

Das englische Kriegsschiff „Blake" meldet, daß es auf seiner Fahrt von Schottland nach Sheerneß am Mittwoch in der Nordsee den Leichnam eines Matrosen auffischte, der einen Rettungsgürtel mit dem Ausdruck Yarmouth trug. — Die Verwaltung der Great Eastern Railway erklärt, daß an den Untergang des Dampfers „Yarmouth" nicht mehr zu zweifeln ist.

Im Abgeordnetenhaus

rief Sonnabend ein sozialdemokratischer Antrag, die Entscheidung über die Beschwerde des Abgeordneten Hoffmann gegen die ihm Freitag erteilten Ordnungsrufe hinauszuschieben, eine längere Geschäftsordnungsdebatte hervor. Der Abgeordnete Hoffmann selbst meinte, die Mitglieder des Hauses seien über das, was er eigentlich gesagt habe, nicht genügend informiert. Von den anderen Parteien wurde aber auf die Vorschriften der Geschäftsordnung hingewiesen und geltend gemacht, daß es Herrn Hoffmanns Sache gewesen wäre, die etwa Nichtinformierten zu informieren. Der Antrag wurde abgelehnt, und die Abstimmung ergab die Zustimmung des Hauses zu dem Vorgehen des Präsidenten. Den ersten und dritten Ordnungsruf hielten außer den Sozialdemokraten auch die Freisinnigen und Polen für ungerechtfertigt, hinsichtlich des zweiten aber wegen der Aeußerung über Gottes unerforschlichen Ratschluß blieben die Sozialdemokraten völlig isoliert.

Bei der darauf fortgesetzten Generaldebatte über die Steuervorlagen erhielt zuerst der Abgeordnete Dr. Wiemer von der Freisinnigen Volkspartei das Wort, der seinen späteren Einwendungen die Spitze durch den Satz abbrach, daß die Beamtenbesoldungsgesetze unter allen Umständen verabschiedet werden müßten. Er plädierte unter anderem für stärkere Progression bei den Einkommen über 100 000 Mk. und machte Bedenken geltend gegen die Gesellschaftssteuer. — Der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben verwehrte sich dagegen, daß er ein Mißtrauensvotum gegen das Haus abgegeben oder einen Druck habe ausüben wollen, und trat dann den von den Vorrednern geäußerten Bedenken entgegen. Die Befürchtung, daß er

Steuern auf Vorrat

haben wolle, sei ganz unbegründet. Der Bedarf des Staates steige jährlich durchschnittlich um 24 Millionen Mk. Gewiß würden auch die Erträgnisse der Einkommensteuer steigen, aber dem trage ja die Regierung Rechnung, indem sie für die 126 Millionen neuer Ausgaben nur 55 Millionen neue Einnahmen fordere und 71 Millionen ungedeckt lasse. Hingegen habe er bereits betont, daß auf die Steigerung der Eisenbahnüberschüsse keine großen Hoffnungen zu setzen seien. Die Vermögenssteuer könne man ebensowenig wie die Einkommensteuer dem Reiche überlassen, denn sie habe Berechtigung nur als Ergänzungssteuer zu dieser. Wolle man sparsam wirtschaften, so dürfe man die Einkommensteuer nicht quotisieren; ein beweglicher Faktor trage keineswegs zur Sparsamkeit bei, das habe sich im Reiche gezeigt, das einen solchen in den Matrikularbeiträgen besitze. Man sehe es aber auch in den Gemeinden mit der quotisierten Einkommensteuer, in den Städten außer Berlin seien die Ausgaben von 1895—1905 von 187 auf 378 Millionen angewachsen; die Zahl der Gemeinden, die weniger als 100 Proz. Kommunalsteuerzuschlag erheben, habe sich bedeutend verringert, die Zahl derer mit höheren Prozentsätzen bedeutend vermehrt. Wenn man Besitz und Vermögen heranziehen wolle, so gebe es keine bessere als die Gesellschaftssteuer. Als 1891 zuerst die Aktiengesellschaften besteuert wurden, sei eine Verminderung der Kurse nicht eingetreten, und auch jetzt habe er von einer Depression an der Börse nichts gehört. Wollte man aber von der Gesellschaftssteuer absehen, welchen Ersatz hätten dann die Gegner dafür? Man müßte dann den Zuschlag zur Einkommensteuer nahezu verdoppeln.

Abg. v. Saß-Jaworski (Pole) wandte sich gegen die Ostmarkenzulage. — Abg. Roesicke (Natl.) wünschte die Vorlegung einer Denkschrift über die finanzielle Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, sowie möglichste Schonung des Mittelstandes bei den Neubelastungen. — Abg. Graf Moltke (Freikons.) sprach sich für eine feste Abgrenzung der preußischen Einnahmequellen gegenüber dem Reiche aus. — Abgeord. Gerschel (Freis. Vpt.) sprach sich gegen die Gesellschaftssteuer aus, wogegen Abg. Hirsch (Soz.) sich dieser gegenüber nicht ablehnend verhielt und auch einer Erhöhung der Einkommensteuer zustimmte.

Hierauf wurde die Beamtenbesoldungsvorlage und die Steuervorlagen der verstärkten Budgetkommission, die Lehrerbesoldungs- und die Pfarrerbesoldungsvorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Casablanca.

Die Veröffentlichung von Mitteilungen, die Kaiser Wilhelm einem Engländer gegenüber getan hat, haben die allgemeine Aufmerksamkeit von den wichtigen Fragen der auswärtigen Politik, die der Entscheidung harren, abgelenkt. Es ist wohl möglich, daß der Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Kaiserworte unter Berücksichtigung der internationalen Lage gewählt wurde, um die ruhige und erfolgversprechende Arbeit der Kabinette des Festlandes zu stören. Soweit die deutsche Staatsleitung hierbei in Frage kommt, wird sie sich durch den Zwischenfall nicht abhalten lassen, die wichtigen Fragen der auswärtigen Politik ihrer Lösung näher zu bringen. Für Deutschland steht hierbei eine korrekte Erledigung des Zwischenfalles von Casablanca mit in erster Linie. Wie die „Neue Gesellschaftliche Correspondenz" von unterrichteter Stelle hört, ist die Richtschnur der deutschen Politik in dieser Angelegenheit unwandelbar. Die deutsche Regierung hält daran fest, daß die französischen Funktionäre sich einen unerlaubten, dem Völkerrecht widersprechenden Uebergriff anmaßten, als die Deserteure deutscher Reichsangehörigkeit, die sich unter dem Schutze des freiwaltenden deutschen Konsuls befanden, der erlangten Freiheit beraubten. Ueber die Auffassung der deutschen Staatsleitung über den „Fall Casablanca" ist gegenüber der französischen Regierung kein Zweifel gelassen worden. Man darf mit vollem Recht erwarten, daß die französische Regierung Worte der Entschuldigung für den Uebergriff der französischen Militärs in Casablanca finden werde, wenn Deutschland weiter der Meinung bleiben soll, daß Frankreich in seiner Marokko-Politik nicht über die Akte von Algeciras hinausgehen, sondern weiter korrekt handeln will.

Deutschland.

— **Kaiser Wilhelm** wird, wie die offiziöse „Korrespondenz Wilhelm" bestätigt, einer im Sommer des laufenden Jahres ergangenen Einladung des Erzherzogs Franz Ferdinand folgend, am 4. November in Eckartsau eintreffen, um dort einige Tage als Gast des Erzherzogs zu verweilen. Der Kaiser wird in den wildreichen Auen von Eckartsau jagen. Der Erzherzog Franz Ferdinand trifft die Vorbereitungen für die Jagd, sowie sämtliche Arrangements für den Aufenthalt des Monarchen persönlich. In Begleitung des Deutschen Kaisers werden sich befinden Generaladjutant Graf Hülsen-Häseler, Flügeladjutant Oberst Baron Marschall und der Leibarzt Dr. Niedner. Die Abreise des Deutschen Kaisers erfolgt Freitag, den 6. November.

— **Die Rekrutenvereidigung** der Garnisonen Berlin, Charlottenburg, Spandau und Gr.-Lichterfelde fand Sonnabend in Gegenwart des Kaisers statt. Mit einer Ansprache des evangelischen Divisionspfarrers Liz. Dr. Brückner, in der der Geistliche die jungen Mannschaften auf die Soldatenpflichten hinwies, begann die eigentliche Feier. Später ergriff der katholische Divisionspfarrer Albert das Wort, um den Rekruten seiner Konfession ebenfalls die Bedeutung der Feier ans Herz zu legen. Brigadeweise erfolgte alsdann durch die Adjutanten die Eidesablegung, während der jedesmal der Kaiser vor die betreffende Brigade ritt. Als der letzte Truppenverband die Eidesformel gesprochen hatte, begab sich der Kaiser wieder zum Altar und richtete von hier aus ernste, zu Herzen gehende Worte an seine Soldaten. Der Monarch ermahnte sie zu pflichtgetreuer Arbeit, christlicher Gottesfurcht und Selbstzucht. Die Soldaten möchten nie vergessen, daß es für sie eine Auszeichnung sei, im Gardekorps unter seinen Augen ihrer Soldatenpflicht zu genügen. Ein dreifaches Hurra auf den Kaiser, das General v. Kessel ausbrachte, bildete den Widerhall der kaiserlichen Worte.

— **(Zur Deportationsfrage.)** Im Reichsjustizamt wird augenblicklich eine Denkschrift über die Erfahrungen ausgearbeitet, welche die fremden Staaten bisher mit der Deportation von Verbrechern gemacht haben. Wie wir schon ausführlich mitgeteilt haben, sind diese Erfahrungen fast überall ungünstig gewesen. Das Reichsjustizamt steht in Uebereinstimmung mit der Majorität des Reichstages der Deportation ablehnend gegenüber.

— **Die Mitteilungen** des Lok.-Anz. über die Einzelheiten der Anzeigen- und Reklamesteuer werden offiziös als in wesentlichen Teilen unzutreffend bezeichnet.

— **(Gegen die Tabaksteuer.)** Auch bei den Konservativen regt sich teilweise der Protest gegen die geplante Höherbesteuerung des Tabaks. Wie die Frkf. Ztg. meldet, erließ der konservative Reichstagsabgeordnete für Sagan-Sprottau, von Volko, auf einer Einladung zu einem Protestmeeting der Sprottauer Tabakarbeiter gegen die Mehrbelastung des Tabaks ein Antwortschreiben, in dem es heißt, er und ein Teil seiner Freunde seien Gegner der geplanten Tabaksteuer und würden dagegen stimmen.

— **Kein Verrat** militärischer Geheimnisse durch einen ausländischen Offizier. Die von der „Milit.-pol. Korresp." verbreitete Mitteilung, daß ein Offizier einer ausländischen Macht, welcher als Hospitant zu einer militärischen Bildungsanstalt kommandiert war, ein wichtiges militärisches Geheimnis erfahren und einer fremden Macht mitgeteilt habe, ist der „Tgl. Rundschau" von zuständiger Seite als „von A bis Z erlogen." bezeichnet worden. Abgesehen davon wäre auch die Behauptung von der stetig steigenden Zahl der bei unseren militärischen Bildungsanstalten zugelassenen fremden Offiziere absolut unrichtig, und es seien alle Maßnahmen getroffen, um die Bekanntgabe wirklich wichtiger militärischer Geheimnisse usw. zu verhindern.

— **Infolge der Einrichtung** des Postscheckverkehrs sieht der neue Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 9 weitere Vorsteher von Aemtern 1. Klasse vor, und zwar 6 Oberpostsekretärstellen für Aemter mit größerem Verkehr u. 3 Postsekretärstellen für Aemter von geringerem Umfang. Das Postscheckamt Berlin erhält einen Postinspektor. Die Scheckämter kommen sämtlich in vorhandene Dienstgebäude. Der Bedarf der Aemter ist veranschlagt für Amtsbedürfnisse auf 7000 Mk., für Drucksachen auf 35 000 Mk. und für Beschaffung der Hausausstattungsstücke auf 38 000 Mk. Bis zum 1. April 1912 sind die Bestimmungen über die Gebühren nach Bewilligung der entsprechenden Etatstitel einer Verordnung des Reichskanzlers vorbehalten, um für die spätere gesetzliche Regelung des gesamten Postscheckverkehrs ausreichende Erfahrungen zu sammeln. Aus dem neuen Dienstzweige sollen keinerlei erhöhte Ueberschüsse erzielt werden.

— **Anstellung und Verteilung** von Eisenbahnunterbeamten. Minister Breitenbach hat einen Erlaß an die sämtlichen Eisenbahndirektionen gerichtet, der auszugsweise lautet: 1. Dauernd dienstunfähige Beamte sind in den Ruhestand zu versetzen. 2. Minderbefähigte, aber noch dienstfähige Beamte sind an geeigneten Stellen zu beschäftigen, an denen ihre geringe Leistungsfähigkeit am ehesten nutzbar gemacht werden kann. 3. Minderbefähigte Beamte sind angemessen auf die einzelnen in Betracht kommenden Dienststellen zu verteilen, damit eine Anhäufung solcher Arbeitskräfte an einer Stelle vermieden wird. 4. Mit Nachdruck ist auf die Heranbildung tüchtiger Eisenbahnassistenten hinzuwirken. 5. Von großer Wichtigkeit ist die Heranbildung gut befähigter Eisenbahngehilfen, die im Falle der Bewährung in den mittleren nichttechnischen Dienst übernommen werden können.

— **Betreffs der Uebungen** der Reservisten und Landwehrleute, denen auf Grund eines Gerichtsurteils die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen würden, ist eine neue Bestimmung in die Wehrordnung eingefügt worden.

Bisher durften Uebungspflichtige des Beurlaubtenstandes nach Absolvierung der aktiven Dienstzeit keine Reserve- und Landwehrübungen mehr ableisten, wenn sie der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen waren. Dies hatte zur Folge, daß den betreffenden Personen des Beurlaubtenstandes wirtschaftliche und finanzielle Vorteile infolge des Ausschlusses von den Uebungen wider Willen zugewendet wurden, so daß dem gegenüber die Absicht, die Betreffenden mit einer entehrenden Nebenstrafe zu treffen, zurücktrat. Die neue Bestimmung zur Wehrordnung besagt nun nach der „Post", daß Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind, zu Uebungen des Beurlaubtenstandes in die Arbeiterabteilungen eingereiht werden können, die sich bekanntlich aus Elementen ähnlicher Art zusammensetzen. Außer diesem Zusatz zur Wehrordnung ist aber auch die Bestimmung getroffen worden, daß die eigentlichen Reservisten der Arbeiterabteilung sich bei sehr guter Führung und gutem Leumund im bürgerlichen Leben wieder rehabilitieren können.

Ausland

England.

— **Studienreise** englischer Gewerkschaften nach Deutschland. Das Parlamentarische Komitee des Kongresses der Trade Unions beschloß eine Abordnung nach Deutschland zu entsenden, um sich über die Kranken- und Invaliditätsversicherung und über die von den deutschen Behörden der Frage der Arbeitslosigkeit gegenüber angewandten Maßnahmen zu unterrichten.

Westfalen u. Rheinland.

* **Bielefeld,** 2. Nov. **(Der Einbrecher in der Kiste.)** Im benachbarten Lämershagen spielte sich Ende voriger Woche ein unheimlicher Vorfall ab. Am späten Abend kamen in eine dortige Wirtschaft zwei fremde Männer, die eine schwere Kiste trugen. Sie baten den Wirt, die Kiste über Nacht in seiner Behausung aufzubewahren, was ihnen auch zugesagt wurde. Die beiden entfernten sich hierauf. Als bald nachher die letzten Güste das Lokal verließen, fiel es diesen beim Weggehen auf, daß der Hund des Wirtes bellend die auf dem Hausflur stehende Kiste umsprang und sich durchaus nicht beruhigen wollte. Man argwöhnte daher nichts Gutes. Mißtrauisch hob man den nur leicht festgemachten Kistendeckel auf. Voller Schrecken wichen alle zur Seite. Der Kiste entstieg eine wahre Räubergestalt, die, in jeder Hand einen Revolver haltend, mit sofortigem Niederschießen den bedrohte, der sich ihr entgegenstellen würde. Es gelang den vereinten Kräften, den gefährlichen Menschen zu überwältigen und der Polizei zu überliefern. — Man nimmt an, daß es sich hier um eine organisierte Räuberbande handelt.

M.-Gladbach, 2. Nov. **(Urteil im Viehschmuggelprozeß.)** Samstag mittag um 12½ Uhr wurde in dem großen Schmuggelprozesse das Urteil gesprochen. Dasselbe lautete für die vier Waldenrather Viehhändler Gebrüder Kaufmann und Gebrüder Lichtenstein auf einen solidarischen Wertersatz für hinterzogenen Zoll in Höhe von 38 800 Mk. Ferner werden diese vier zu Gefängnisstrafen von 5 und 10 Monaten verurteilt, worauf die erlittene Untersuchungshaft zum Teil angerechnet werden soll. Der fünfte Hauptangeklagte, der Vater der beiden Brüder Kaufmann, kam mit 3 Tagen Gefängnis davon. Sechs von den Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten, davon wurde einer außerdem zu einem Wertersatz von 900 Mk. verurteilt. Für acht Angeklagte lautete das Urteil auf Freisprechung.

Saarbrücken, 2. Nov. **Im großen Bestechungsprozeß** gegen 52 Beamte und Bergleute der Grube Reden wurde Samstag abend gegen 6 Uhr das Urteil gesprochen. Wegen fortgesetzter schwerer Bestechung wurde der Fahrsteiger Rieß zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, seine mitangeklagte Ehefrau erhielt wegen Beihülfe 1 Woche Gefängnis. Schwere Bestechungen wurden dem verstorbenen Obersteiger Spengler nachgewiesen. Seine mitangeklagte Ehefrau wurde freigesprochen. Weiter wurden verurteilt Steiger Heck wegen einfacher Bestechung zu 2 Monaten Gefängnis., Steiger Peter Keßler und Fahrsteiger Recktenwald gleichfalls wegen einfacher Bestechung zu je einem Monat Gefängnis. Insgesamt wurden 8 Bergleute zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis sechs Monaten verurteilt. Ueber die Bestechungsgelder, welche den Steigern eingezahlt wurden, wurde die Einziehung verhängt. Vom Antrage des Staatsanwalts, den Steigern auf die Dauer von drei Jahren die Befugnis abzusprechen, öffentliche Aemter zu bekleiden, wurde Abstand genommen. Die Kosten fallen den Verurteilten nach Maßgabe ihrer Strafen zur Last. Für die 38 Freigesprochenen trägt die Staatskasse die Kosten.

Zum Hamburger Juwelendiebstahl.

Das Dunkel, das über der Entwendung der Juwelen des Kopenhagener Juweliers Weimann aus dem Tresor des Hotels „Hamburger Hof" liegt, hat bisher noch nicht gelüftet werden können. Trotz eifriger Tätigkeit der Kriminalpolizei ist bis jetzt noch kein Licht in die mysteriöse Diebstahlsaffäre im „Hamburger Hof" gekommen. Die erfahrensten Kriminalbeamten stehen einem vollkommenen Rätsel gegenüber. Wie behauptet wird, soll noch ein dritter Schlüssel zum Geldschrank existiert haben. Die Untersuchung des Schlüsselloches im Geldschrank hat ergeben, daß im Schloß das abgebrochene Stück eines Schlüssels steckte. Da das Schloß aber trotzdem gebrauchsfähig war, so läßt sich nicht feststellen, ob bei Ausführung des Diebstahls der Schlüssel abgebrochen oder ob das Stück des Schlüssels schon seit längerer Zeit im Schlosse sich befand. Sonnabend morgen wurde im Hotel eine Konferenz abgehalten, an der der Bestohlene, die untersuchungsführenden Kriminalbeamten und der Besitzer des Hotels teilnahmen. Der Bestohlene ist dort im Hotel kein Fremder, er wohnte bereits zum dritten Male dort. Stets hat er große Vorräte an Brillanten und Perlen mit sich geführt, und auch stets im Tresor des Hotels deponiert. Er ist bereits vor drei Tagen in Hamburg angekommen. Am Freitag morgen war er bei einem in Altona wohnenden Juwelier zum Besuch und hat diesem seine Schätze gezeigt. Dann kehrte er zum Hotel zurück, und verschloß wie stets seine Preziosen im Geldschrank. — Der Verdacht soll sich in einer ganz bestimmten Richtung bewegen, es soll sich um einen Reisenden aus Paris handeln, der erst in einem anderen Hamburger Hotel wohnte. Am Freitag siedelte er zum Hamburger Hof über und nahm dort ein Zimmer für 15 Mk. Er reiste aber bereits um 4 Uhr wieder ab. Gerade wegen dieser schleunigen Abreise hat sich der Verdacht auf ihn gelenkt. Noch im Laufe der Nacht wurden Hunderte von Exemplaren Laufzettel, auf denen die gestohlenen Gegenstände verzeichnet sind, an alle größeren Polizeibehörden der Welt gesandt, außerdem sind Depeschen an die Plätze abgegangen, an denen die Diamantenhändler mit Vorliebe ihre Waren auf den Markt bringen. Die Polizei hofft dadurch, daß die gestohlenen Juwelen bei ihrem Angebot sofort angehalten werden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Dieb versuchen wird, an den großen Diamantstapelplätzen den Raub zu veräußern. Der Wert der gestohlenen Sachen beziffert sich nach genauer Feststellung auf 40 000 Mark.

Wie eine weitere Meldung sagt, muß der Diebstahl zwischen 12 und 12¾ Uhr ausgeführt sein. Als Herr Weimann seine Juwelenkasse in das Fach einschloß, war in dem betreffenden Zimmer niemand als der Buchhalter anwesend, der Herrn W. den Rücken zukehrte. Sowohl Herr Weimann als auch die Hotelgesellschaft hat 3000 Mk. Belohnung ausgesetzt. Das Hotel ist bei der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungsgesellschaft gegen Diebstahl und Einbruch versichert.

Aus aller Welt.

— **Ein furchtbarer Schneesturm** hat in den letzten Tagen im Staate Santa Fe große Verheerungen angerichtet. Dieser Staat wird zum weitaus größten Teile von Viehzüchtern bewohnt. Nach bisher eingetroffenen Meldungen sind am ersten Tage des furchtbaren Sturmes 6 Hirten und Tausende von Schafen umgekommen. Man schätzt den Gesamtverlust von Schafen auf mindestens 100 000.

— **Die Rückkehr des Auswanderers.** Ein vor Jahren nach Amerika ausgewanderter Irländer namens Goggin fand bei seiner Rückkehr nach der Insel Whiddy seine Farm versteigert und als Eigentümer einen seiner Verwandten. In seiner Wut steckte Goggin die Farm in Brand und drohte jeden niederzuschießen, der es versuchen sollte, das Haus zu verlassen. Trotzdem gelang es den Insassen, sich in Sicherheit zu bringen. Goggin beging hierauf Selbstmord, seine Frau starb vor Aufregung.

— **Eine Kiste** mit der Aufschrift „Spezereiwaren" explodierte auf dem Bahnhof in Le Breuil bei Issoire. Zwei Bahnbeamte wurden getötet und mehrere verletzt. Wie die Untersuchung ergab, enthielt die Kiste nicht, wie zuerst angenommen wurde, Dynamit, sondern Feuerwerkskörper, die an einen Kaufmann entsandt worden waren und durch einen unglücklichen Zufall zur Entzündung gebracht wurden.

— **Eine Privatklage** des Reichstagsabgeordneten Richard Fischer gegen den verantwortlichen Redakteur der Post, Erich Petersen, beschäftigte die 147. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Es handelte sich um zwei „Post"-Artikel, in welcher die Behauptung aufgestellt wurde, daß der Privatkläger als Leiter der „Vorwärts"-Druckerei für Bestellungen auf Maschinen und Papier Provisionen und Schmiergelder erhalten habe. Diese Mitteilungen gingen in sechs andere Zeitungen über; gegen die Redakteure dieser Blätter erhob Fischer die Privatklage. Die am 2. Juni stattgefundene Verhandlung endete mit einem mit sechs Redakteuren zustandekommenen Vergleich: sie gaben eine Erklärung dahin ab, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sei die aufgestellte Behauptung als unrichtig zurücknehmen. Mit dem Redakteur Petersen kam ein Vergleich nicht zustande. Das Ergebnis der gestrigen Verhandlung war: Petersen wurde zu zweihundert Mark Geldstrafe oder zwanzig Tage Haft verurteilt und dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen. Der Vorsitzende führte u. a. aus, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, daß der erhobene Vorwurf gegen Herrn Fischer keine Unterlage habe und daß diesem absolut kein Vorwurf zu machen sei. Mildernd für den Angeklagten habe der Gerichtshof erwogen, daß er nicht der Verfasser des Artikels sei und sich auf die Mitteilung eines sonst zuverlässigen Gewährsmannes verlassen habe.

— **Der verkaufte Harem.** Der Bruderkrieg in Marokko hat zum Schluß noch eine kleine Komödie gebracht. Ex-Sultan Abdul Aziz hat, wie schon kurz mitgeteilt, seinem siegreichen Bruder, dem jetzigen Sultan Mulei Hafid, seinen Harem abgetreten. Er tat dies allerdings weniger aus freundschaftlichen oder brüderlichen Gefühlen, als vielmehr aus finanziellen Gründen, denn Frauen kosten Geld. Bei den bescheidenen Hilfsquellen, die Abdul Aziz jetzt zur Verfügung stehen, hat er einige Schwierigkeiten, die große Zahl von Frauen zu unterhalten, die seinen Harem bilden. Er hatte auch bereits daran gedacht, eine große Zahl der Insassinnen, zu verkaufen, vor allem Cirkassierinnen, die ihm von einem französischen Juden in Tanger verkauft wurden, der den Titel eines „Hoflieferanten" für den kaiserlichen Harem mit scherifischer Vollmacht besaß. Diese Cirkassierinnen sind Frauen von erlesener Schönheit und außerordentlich großem Handelswert; denn Abdul Aziz war ein besserer Kenner von dieser Art „Ware" als von Klavieren und Automobilen. Bei dieser Sachlage war Abdul Aziz sehr bald geneigt, den Handel gegen bar Geld abzuschließen. Sein Harem mit mehr als 200 Frauen ist daher zu Mulei Hafid übergesiedelt. Der Verlassene wird aber deshalb kein trostloser Witwer sein: etwa ein Dutzend Favoritinnen sind bei ihm geblieben.